

Kurzstudie

Die Zukunft der Nachhaltigkeit

Ein neuer Dreiklang
aus ambitioniertem Klimaschutz,
sozialer Gerechtigkeit und
ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit



Impressum

Institut für Zukunftspolitik
Schwiebusser Straße 44
D-10965 Berlin
www.institut-zukunftspolitik.de
V.i.S.d.P.: Dr. Daniel Dettling
Mitarbeit: Selma Damme

Gestaltung
Peter Mühlfriedel

© Institut für Zukunftspolitik 2023
Alle Rechte vorbehalten.

Mit freundlicher Unterstützung von
JTI - Japan Tobacco International

Inhaltsverzeichnis

6	Zusammenfassung der Ergebnisse der forsa-Befragung
6	Kurzfassung
11	Langfassung
.....	
15	Einleitung
17	Erstes Kapitel: Zukunft und Verantwortung
29	Zweites Kapitel: Nachhaltigkeit – Vom Nimbus zum Narrativ
45	Drittes Kapitel: Hoffnungen, Erwartungen und Erfolgskriterien für die Zukunftswende
.....	
49	Epilog

Die Basis unserer Studie

1.503 Interviews mit Bürgern ab 18 Jahren (Mai 2023).

10 Einzelinterviews mit Bürgern (Mai/Juni 2023).

**9 Einzelinterviews mit Vertretern aus Politik,
Wissenschaft und think tanks (Mai bis Juli 2023)**

Unser besonderer Dank

Im Rahmen dieser Studie wurden Interviews mit Vertretern¹ aus Politik, Wissenschaft und think tanks geführt, denen unser besonderer Dank gilt:



Dr. Sandra Detzer
MdB Bündnis90/Die Grünen



Ralf Fücks
Gründer und Leiter
des Zentrum Liberale Moderne



Nils Gründer
MdB Fraktion der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag



Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte
Universität Duisburg/Essen
und Direktor der NRW School
of Governance



Prof. Dr. Paul Nolte
Friedrich-Meinecke-Institut
Freie Universität Berlin



Prof. Dr. Nils Ole Oermann
Professor für Ethik mit Schwerpunkt
Nachhaltigkeit und nachhaltiges
Wirtschaften an der Leuphana
Universität Lüneburg und der
Oxford University



Florian Ranft
Mitglied der Geschäftsleitung
und Leiter Green New Deal,
Progressives Zentrum



Alexander Schweitzer
MdL und Staatsminister für Arbeit,
Soziales, Transformation und
Digitalisierung des Landes
Rheinland-Pfalz



Johannes Winkel
Bundesvorsitzender
der Jungen Union Deutschland

¹ Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird im Text das generische Maskulinum verwendet. Gemeint sind jedoch immer alle Geschlechter.

Auf einen Blick: Kurzfassung der repräsentativen Befragung²

- 1** Eine große Mehrheit der Bundesbürger sieht der **Zukunft Deutschlands** (72%) und der **Welt** (79%) eher mit Sorge als mit Zuversicht entgegen.

- 2** Bei den „**Zukunftssorgen**“ steht die Sorge der Bürger vor der Überforderung der Politiker/innen an erster Stelle (80%). Erst danach folgen Themen wie soziale Ungleichheit, Kriegsgefahr und das Gesundheits- und Pflegesystem (78%). Renten, Spannungen wegen Zuwanderung und Klimakrise folgen mit jeweils mehr als 60%.

- 3** Die **Verantwortung** dafür, dass **kommende Generationen gut** in Deutschland leben können, sieht eine große Mehrheit beim Staat (71%), bei Wirtschaft/Unternehmen (42%) und bei den Bürgern selbst mit 35%.

- 4** Jeder Dritte (36%) ist der **Ansicht, dass der Einzelne großen Einfluss auf die Entwicklung und Veränderung der Gesellschaft hat**. zur Entwicklung und Veränderung der Gesellschaft. Dagegen glaubt dies nur knapp jeder Vierte (23%) der Anhänger der AfD.

- 5** Knapp 4 von 10 (37%) können **mit dem Begriff Nachhaltigkeit nichts anfangen**. Diejenigen, die etwas damit anfangen können, bringen den Begriff fast ausschließlich mit *Umwelt und Ökologie* in Verbindung.

6 Als **prioritäre Nachhaltigkeitsziele** werden ein gutes Bildungssystem (76%), ein gutes Gesundheitssystem (69%), die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit (52%) sowie Umwelt- und Klimaschutz (48%) genannt.

7 **Das Ziel der Klimaneutralität** bis 2045 halten 65% für sehr wichtig bzw. wichtig, 34% für weniger wichtig bzw. unwichtig. Zur Erreichung des Ziels werden technologische Innovationen für **am wirkungsvollsten** gehalten (75%), staatliche Anreize und Förderung (63%) und individueller Konsumverzicht (51%), staatliche Regulierungen und Verbote dagegen nur von 26% (allerdings von 67% bei Anhängern der Grünen).

8 **Veränderungen für mehr Klimaschutz:** Eine große Mehrheit (74%) glaubt nicht, dass die meisten Menschen zu Veränderungen bereit sind.

9 **Soziale Nachhaltigkeit:** Mehr als zwei Drittel (68%) können mit dem Begriff nichts anfangen. Am ehesten werden damit arbeitnehmerfreundliche Unternehmenskultur (18%), faire Bezahlung (9%), soziales Engagement (8%), umweltfreundliches Wirtschaften (6%) verbunden.

10 **Fiskalische Nachhaltigkeit:** Eine große Mehrheit hält die Schuldenbremse für grundsätzlich richtig (80%). Die Finanzierung der steigenden Kosten für die sozialen Sicherungssysteme sollen über Steuerzuschüsse (63%), eine stärkere Eigenbeteiligung (36%) sowie durch höhere Beiträge (22%) und neue Staatsschulden (12%) erfolgen.

² Forsa 2023. Befragt wurden 1.503 Personen ab 18 Jahren im Mai 2023. Ergebnisse aus anderen Befragungen werden in dieser Studie eigens mit Quellenangabe zitiert.

Die Zukunft der Nachhaltigkeit

Langfassung

Fast

drei
Viertel

(72%) der Menschen **blicken mit Sorge** und nur jeder Vierte (25%) mit Zuversicht der Zukunft entgegen.

Fast

80
Prozent

(79%) blicken eher mit Sorge und nicht einmal jeder Fünfte (17%) mit Zuversicht in die Zukunft.

80
Prozent

der Menschen sorgen sich vor der Überforderung der Politiker:innen.

Erst danach folgen Themen wie soziale Ungleichheit, Kriegsgefahr und Gesundheits- und Pflegesystem (78%), Inflation und hohe Preise (75%), schlechte Schulen (72%), unsichere Renten (69%), Spannungen wegen Zuwanderung (65%) und Klimakrise (63%). Jeder Zweite (50%) sorgt sich, dass Deutschland durch rechtsradikale Kräfte gefährdet wird.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisen und Konflikte sieht eine große Mehrheit der Bundesbürger der Zukunft Deutschlands und der Welt eher mit Sorge als mit Zuversicht entgegen.

Fast die Hälfte der Bundesbürger ist im Hinblick auf ihre persönliche Zukunft eher pessimistisch als optimistisch. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass mehr Bundesbürger trotzdem ihrer persönlichen Zukunft noch zuversichtlicher entgegensehen als der Zukunft Deutschlands und der Welt.

Fast drei Viertel (72%) der Menschen blicken mit Sorge und nur jeder Vierte (25%) mit Zuversicht der Zukunft entgegen. Dabei überwiegt der Anteil der Pessimisten in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen. Im Hinblick auf die globalen Zukunftsaussichten sind die Bürger noch pessimistischer: Fast 80 Prozent (79%) blicken eher mit Sorge und nicht einmal jeder Fünfte (17%) mit Zuversicht in die Zukunft. Besonders pessimistisch blicken die Angehörigen der mittleren Altersgruppen, diejenigen, die den unteren Bildungs- und Einkommensschichten angehören und vor allem die AfD-Anhänger ihrer persönlichen Zukunft entgegen.

Am meisten sorgen sich die Menschen vor der Überforderung der Politiker:innen (80%). Erst danach folgen Themen wie soziale Ungleichheit, Kriegsgefahr und Gesundheits- und Pflegesystem (78%), Inflation und hohe Preise (75%), schlechte Schulen (72%), unsichere Renten (69%), Spannungen wegen Zuwanderung (65%) und Klimakrise (63%). Jeder Zweite (50%) sorgt sich, dass Deutschland durch rechtsradikale Kräfte gefährdet wird.

Bei den Einschätzungen der Bundesbürger zu den „Zukunftssorgen“ für Deutschland insgesamt ergibt sich eine klare Gewichtung. Die größten Sorgen mit Blick auf die Zukunft Deutschlands bereiten den Bundesbürgern eine Überforderung der politischen Akteure mit den vielfältigen Problemen, eine Vertiefung der sozialen Ungleichheit im Land, eine steigende Kriegsgefahr in der Welt, eine Gefährdung unseres Gesundheits- und Pflegesystems, eine dauerhafte Verteuerung des Lebens durch Inflation und hohe Preise sowie eine unzureichende Vorbereitung der Kinder auf die Zukunft durch die Schule. Nicht an oberster Stelle stehen dagegen die – durchaus auch bei einer Mehrheit vorhandenen – Sorgen vor möglichen Spannungen und Konflikten durch Zuwanderung oder vor irreparablen Schäden der Umwelt infolge der Klimakrise. Vergleichsweise am seltensten befürchten die Bundesbürger einen Bedeutungsverlust Deutschlands und Europas in der Welt oder ein Auseinanderfallen der Europäischen Union.

Bemerkenswerterweise gibt es bei den meisten geäußerten Sorgen keine ausgeprägten Unterschiede in der Wahrnehmung zwischen der jüngeren Generation der unter 30-Jährigen und den mittleren bzw. älteren Alterskohorten. Viel deutlicher als die Generationen unterscheiden sich in der Krisenwahrnehmung die Anhänger der politischen Parteien. Im Hinblick auf die persönliche Zukunft dominieren bei den Bundesbürgern vor allem die Sorgen vor einem nicht mehr selbstbestimmten Leben und finanziellen Problemen im Alter sowie die Aussicht, dass es ihren Kindern oder Enkel-

Mehr als **zwei Drittel** (71%) **sehen beim Staat eine sehr große Verantwortung.**

Bei den Unternehmen und der Wirtschaft sind es 42% und bei sich selbst, den Bürgern, sieht mehr als jeder Dritte (35%) eine sehr große Verantwortung.

kindern künftig schlechter gehen wird als ihnen selbst. Letzteres fürchten die Jüngeren ähnlich häufig wie die Älteren.

Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sieht die Verantwortung dafür, dass auch kommende Generationen gut in Deutschland leben können, beim Staat. Mehr als zwei Drittel (71%) sehen beim Staat eine sehr große Verantwortung. Bei den Unternehmen und der Wirtschaft sind es 42% und bei sich selbst, den Bürgern, sieht mehr als jeder Dritte (35%) eine sehr große Verantwortung. Eine „große Verantwortung“ sehen weitere 25% beim Staat, 47% bei den Unternehmen und der Wirtschaft und 48% bei den Bürgern selbst.

Eine große Mehrheit der Bundesbürger sieht nicht nur einen Akteur, sondern sowohl den Staat, die Wirtschaft als auch die Bürgerinnen und Bürger in der Verantwortung dafür, dass auch künftige Generationen gut in Deutschland leben können. Eine „sehr große“ Verantwortung wird dabei allerdings vor allem dem Staat zugeschrieben. Eine deutliche Mehrheit glaubt, dass jeder Einzelne zumindest etwas zur Entwicklung und Veränderung in der Gesellschaft beitragen kann. Dass jeder Einzelne „viel“ dazu beitragen kann, glaubt rund ein Drittel – die Älteren deutlich häufiger als die Jüngeren. Neben einem politischen Engagement und der Beteiligung an Wahlen sehen die Bundesbürger vor allem in einem respektvollen Miteinander und einem sozialen und gesellschaftlichen Engagement im Alltag Möglichkeiten, die Gesellschaft zu entwickeln und zu verändern.

In Deutschland können heute mehr als 60 Prozent spontan etwas mit dem Begriff der Nachhaltigkeit anfangen. Knapp vier von zehn Befragten (37%) können mit dem Begriff dagegen überhaupt nichts Konkretes anfangen. Bei den Jüngeren in der Alters-

Eine große Mehrheit der Bundesbürger sieht nicht nur einen Akteur, sondern sowohl den Staat, die Wirtschaft als auch die Bürger in der Verantwortung dafür, dass auch künftige Generationen gut in Deutschland leben können.

Mehr als

60
Prozent

können heute spontan etwas mit dem Begriff der Nachhaltigkeit anfangen.

Bei den Jüngeren unter 30 Jahren kann fast jeder Zweite (48%) nichts Konkretes mit dem Begriff anfangen, bei den 30- bis 44-Jährigen sind es 45 Prozent.

gruppe unter 30 Jahren kann fast jeder Zweite (48%) nichts Konkretes mit dem Begriff anfangen, in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen sind es 45 Prozent.

Obwohl die Bundesbürger eine sehr klare Vorstellung davon haben, welches die für die Zukunft des Landes drängendsten Problemen sind und welche Ziele für unsere Gesellschaft künftig besonders wichtig oder weniger wichtig sein werden, kann mit dem Begriff der „Nachhaltigkeit“ nur ein Teil der Bürger etwas Konkretes anfangen. Fast vier von zehn Bürgern (unter den Befragten mit geringer formaler Bildung fast die Hälfte) wissen nicht, was damit gemeint ist. Für diejenigen, die etwas mit dem Schlagwort „Nachhaltigkeit“ anfangen können, wird der Begriff so gut wie ausschließlich mit Umwelt und Ökologie in Verbindung gebracht. Sehr groß (fast 70 Prozent) ist daher auch der Anteil derjenigen, die nicht benennen können, was mit „sozialer Nachhaltigkeit“ bei Unternehmen gemeint sein könnte.

Die Pläne der Bundesregierung, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu gestalten, halten fast zwei Drittel (65%) für sehr bzw. wichtig, ein Drittel (34%) dagegen für weniger wichtig bzw. unwichtig. Dass Deutschland bis 2045 „klimaneutral“ wird, ist einer Mehrheit der Bundesbürger grundsätzlich wichtig, „sehr wichtig“ allerdings mehrheitlich nur den Jüngeren, den Anhängern der Linkspartei und vor allem denen der Grünen. Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, werden vor allem technologische Innovationen und eine staatliche Förderung, am seltensten hingegen staatliche Regulierungen als am wirkungsvollsten eingeschätzt. Staatliche Regulierungen und Verbote werden nur von den Anhängern der Grünen (und der Linkspartei) mehrheitlich befürwortet. Individueller Konsumverzicht ist am ehesten noch für die ältere Ge-

Mehr als

zwei
Drittel

(65%) halten die Pläne, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu gestalten, für sehr bzw. wichtig, ein Drittel (34%) dagegen für weniger wichtig bzw. unwichtig.

Drei Viertel der Bundesbürger glauben nicht, dass die meisten Menschen in Deutschland zugunsten von mehr Klimaschutz zu einer Änderung ihrer Lebensweise, zu Einschränkungen und Verzicht bereit sind.

neration, am seltensten aber für die Jüngeren eine geeignete Maßnahme um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Drei Viertel der Bundesbürger glauben nicht, dass die meisten Menschen in Deutschland zugunsten von mehr Klimaschutz zu einer Änderung ihrer Lebensweise, zu Einschränkungen und Verzicht bereit sind.

Mit „sozialer Nachhaltigkeit“ der Unternehmen verbinden die Bürger am ehesten eine arbeitnehmerfreundliche Unternehmenskultur (18%) und eine faire Bezahlung (9%). Soziale Verantwortung bzw. ein soziales Engagement (8%), ein umweltfreundliches Wirtschaften (6%) oder eine „inklusive“ Unternehmenskultur (6%) werden nur vereinzelt im Zusammenhang mit „sozialer Nachhaltigkeit“ bei Unternehmen genannt. Neben dem Staat und den einzelnen Bürgern wird auch den Unternehmen in Deutschland von einer großen Mehrheit der Bundesbürger (89 %) eine große Verantwortung dafür zugeschrieben, dass auch künftige Generationen gut in Deutschland leben können.

Auch wenn eine große Mehrheit mit dem Begriff der „sozialen Nachhaltigkeit“ bezogen auf Unternehmen nichts anfangen kann, haben die Bundesbürger gleichwohl eine Vorstellung davon, welche Aufgaben von Unternehmen erfüllt werden sollten. Zu den unverzichtbaren Aufgaben von Unternehmen gehören nach Meinung der Bundesbürger in erster Linie eine angemessene Bezahlung ihrer Mitarbeiter, die Sicherung von Arbeitsplätzen, wirtschaftlicher Erfolg und die Ermöglichung von Angeboten für Weiterbildungen der Mitarbeiter. Als wichtig erachtet wird von mehr als drei Vierteln auch, dass Unternehmen bei ihren Geschäftstätigkeiten auf Umwelt- und Klimafreundlichkeit



der Bürger verbinden mit „sozialer Nachhaltigkeit“ der Unternehmen am ehesten eine arbeitnehmerfreundliche Unternehmenskultur und eine faire Bezahlung (9%).

Soziale Verantwortung bzw. ein soziales Engagement (8%), ein umweltfreundliches Wirtschaften (6%) oder eine „inklusive“ Unternehmenskultur (6%) werden nur vereinzelt im Zusammenhang mit „sozialer Nachhaltigkeit“ bei Unternehmen genannt.

89
Prozent

der Bürger schreibt auch den Unternehmen eine große Verantwortung dafür zu, dass auch künftige Generationen gut in Deutschland leben können.

achten und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Dass Unternehmen sicherstellen sollen, dass auch Geschäftspartner soziale und ökologische Standards einhalten und dass Unternehmen ihren Mitarbeitern Angebote zur Gesundheitsförderung machen, halten dagegen deutlich weniger für ein „Muss“ bei Unternehmen. Nur eine Minderheit meint, dass Unternehmen bei Einstellungen und Beförderungen eine gleiche Verteilung von Männern und Frauen berücksichtigen und sich gesellschaftlich engagieren sollten. Bei den Erwartungen an Unternehmen unterscheiden sich die Erwerbstätigen kaum von den Bundesbürgern insgesamt. Auch zwischen den Generationen sind die Vorstellungen darüber, was Unternehmen unbedingt leisten sollten, relativ ähnlich. Lediglich die Sicherung von Arbeitsplätzen, wirtschaftlicher Erfolg und die Berücksichtigung einer Geschlechterparität bei der Personalpolitik sind für die unter 30-Jährigen seltener Aufgaben, die Unternehmen unbedingt erfüllen sollten.

Ein großer Konsens besteht in der Bevölkerung im Hinblick auf die Bedeutung fiskalischer Nachhaltigkeit: Eine große Mehrheit von 80 Prozent – quer durch fast alle Bevölkerungs- und Wählergruppen – findet die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse richtig. Dementsprechend sind auch nur wenige der Meinung, dass die aufgrund der demographischen Entwicklung weiter steigenden Kosten für die sozialen Sicherungssysteme durch neue Schulden des Staates finanziert werden sollten. Die große Mehrheit der Bundesbürger spricht sich vielmehr dafür aus, die steigenden Kosten für die sozialen Sicherungssysteme durch Steuerzuschüsse aus dem normalen Bundeshaushalt aufzufangen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass es bei den Zukunftserwartungen, den Sorgen und Prioritäten im Hinblick auf unsere zukünftige Gesellschaft sowie den Einschätzungen zu den drei Dimensionen von „Nachhaltigkeit“ in vielen Bereichen eine ähnliche Wahrnehmung und einen großen Konsens über die Generationen hinweg gibt. Unterschiede bei den Meinungen, Einschätzungen, Sorgen und Erwartungen zeigen sich dagegen deutlich häufiger zwischen den verschiedenen sozialen Schichten und vor allem zwischen den politischen Lagern. Insbesondere die Anhänger der AfD, in Teilen aber auch die der Grünen vertreten in vielen Bereichen deutlich andere Haltungen als die Bevölkerung insgesamt.

Eine große Mehrheit von 80 Prozent – quer durch fast alle Bevölkerungs- und Wählergruppen – findet die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse richtig.

»Wir sind mitten in der Zukunftswende.«

Bundeskanzler Olaf Scholz
auf dem Tage der Deutschen Industrie am 19. Juni 2023

»Wenn es darauf ankommt, können wir Krise.«

Nils Ole Oermann, Professor für Ethik mit Schwerpunkt
Nachhaltigkeit und nachhaltiges Wirtschaften
an der Leuphana Universität Lüneburg und der Oxford University

Einleitung

Die Themen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Transformation sind für den ökonomischen Wohlstand, die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt von übertragender Bedeutung. Deutschland gehört zu den größten Emittenten des klimaschädlichen Treibhausgases und belegt Rang 7 der Länder mit dem größten CO²-Ausstoß³. Nach dem Ziel des Klimaschutzgesetz der Bundesregierung soll Deutschland bis zum Jahr 2045 treibhausgasneutral werden. Nach 2050 strebt die Bundesregierung negative Emissionen an. Es sollen dann mehr Treibhausgase eingebunden als ausgestoßen werden.

Mit dem Klimaschutzurteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021 ist der Staat verpflichtet, aktiv vorzubeugen, so dass es in Zukunft nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheitsgrundrechte der heute jüngeren Menschen kommt.⁴ Die Balance aus Freiheit und Klimaschutz wird zur entscheidenden Wettbewerbs- und Zukunftsfrage. Es geht um eine neue Balance zwischen individueller Freiheit und gemeinsamer Verantwortung in der Transformation. Die Klimakrise wird nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, als Aufbruch in eine neue nachhaltige Zukunft gelingen.

Die Zukunftsstudie und ihre Leitfragen

Die (persönliche) Freiheit ist insbesondere für junge Menschen von überragender Bedeutung und steht an erster Stelle.⁵ Die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung folgt nur wenige Ränge weiter.

Leitfrage der vorliegenden Zukunftsstudie ist, wie die Balance aus Klimaschutz, gesellschaftlichen Zusammenhalt und individueller Verantwortung gelingen kann. Heruntergebrochen wird dies anhand von vier thematischen Blöcken:

- 1 Zukunft und Verantwortung** (persönliche Einstellungen, Sorgen und Bereitschaft zum Engagement)
- 2 Ökologische Nachhaltigkeit** (= die heutige Generation hinterlässt den kommenden Generationen keinen höheren ökologischen Fußabdruck);
- 3 Soziale Nachhaltigkeit** (= die heutige Generation lebt sozial nicht zulasten anderer (kommender) Generationen)
- 4 Fiskalische Nachhaltigkeit** (= die öffentlichen Schulden belasten kommende Generationen nicht unverhältnismäßig und sind tragfähig) und

³ Vgl. Statista 2022; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-c02-emittenten-weltweit/>

⁴ Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021; https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html

⁵ U.a. Bertelsmann Stiftung (2021): Was bewegt die Jugend in Deutschland? Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands; https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy_Brief_Jugendstudie.pdf

**Die Ergebnisse in dieser Studie zeigen:
Eine große Mehrheit der Bundesbürger ist bereit
für eine nachhaltige Zukunft. Die Kurzstudie
zeichnet damit ein anderes Bild als andere Studien,
die das Zerrbild einer zerrissenen und gespaltenen
Gesellschaft malen.**

Abgeleitet von den vier Themen wurden in einer repräsentativen Befragung und anhand von qualitativen Einzelinterviews mit Bürger:innen und Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft und think tanks im Mai und Juni 2023 folgende Bereiche abgefragt:

1. Zukunftserwartungen und Sorgen
2. Verantwortung für ein gutes Leben künftiger Generationen
3. Beitrag der Bürger:innen zur Entwicklung und Veränderung der Gesellschaft
4. Meinungen zum Thema Nachhaltigkeit
5. Prioritäten von Nachhaltigkeitszielen
6. Klimaneutralität bis 2045 (Ziel und Instrumente)
7. Bereitschaft zu Veränderungen für mehr Klimaschutz
8. Soziale Verantwortung von Unternehmen
9. Meinungen zur Schuldenbremse und zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Die vorliegende Studie versteht sich als aktuelle Bestandsaufnahme und Beitrag für eine aufgeklärte Debatte über die Zukunft unseres Landes. Die Bundesrepublik Deutschland hat in ihrer bald 75-jährigen Geschichte bereits etliche Krisen bewältigt und ist aus ihnen gestärkt hervorgegangen. Die Ergebnisse in dieser Studie zeigen: Eine große Mehrheit der Bundesbürger ist bereit für eine nachhaltige Zukunft.

Erstes Kapitel



Zukunft und Verantwortung

»Wir leben in einer sehr spannenden Zeit. Es ändert sich gerade etwas. Die Menschen merken, dass wir in einer Umbruchsphase sind, auf die keine Partei eine überzeugende Antwort hat.«

Johannes Winkel,
Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschland

»Müssen wir unser Leben umdeuten oder müssen wir unser Leben umstellen? Oder sogar beides?«

Paul Nolte,
Friedrich-Meinecke-Institut Freie Universität Berlin

»Wir brauchen Orte, wo die Gesellschaft über die verschiedenen Gruppen hinweg zusammenkommt. Es gibt eine Fragmentierung der Gesellschaft, die dem Zusammenhalt schadet.«

Sandra Detzer,
Bundestagsabgeordnete Bündnis90/Die Grünen

Zukunft und Verantwortung

Noch Zeitenwende oder schon Zukunftswende? Für den Vorsitzenden der Jungen Union Deutschland, [Johannes Winkel](#), verändert sich nach 70 Jahren das gesamte Geschäftsmodell der Bundesrepublik Deutschland. „Bislang war es so: Verteidigung gibt es fast zum Nulltarif aus den USA, Energie gibt es sehr günstig aus Russland und die industrielle wirtschaftliche Entwicklung wird durch begleitet von einem völlig problemlosen Zusammenarbeiten mit China. Diese drei Annahmen bröckeln jetzt so schnell, dass es jeder mitbekommt, der abends die Nachrichten schaut oder Zeitung liest.“ [Nils Gründer](#), mit 26 Jahren der jüngste Bundestagsabgeordnete der FDP und Mitglied des Verteidigungs- und Umweltausschusses, ergänzt: „Wir erleben in allen Bereichen eine Zeitenwende, die grundlegende Zukunftsfragen aufwerfen. Beide Begriffe treffen zu: Die Zeitenwende ist ein Begriff aus dem Verteidigungsbereich. Die Zukunftswende wird vor allem klimapolitisch und nachhaltig gedacht. Beide Begriffe verbindet ein Gedanke: Wir müssen Sachen anders machen als vorher.“

Für den Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz, [Alexander Schweitzer](#) (SPD), wird der Begriff Zeitenwende „sehr stark verkürzt auf die Frage nach der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie nach außen und innen. Dabei sind alle Politikfelder betroffen. Wir brauchen auch soziale und gesellschaftspolitische Antworten auf Verunsicherungen, neue Konfliktlinien und Verteilungskämpfe, die sich in internationalen Fluchtbewegungen niederschlagen. Wir müssen Antworten finden, wie wir die gesamte Gesellschaft zusammenhalten können. Eine Gesellschaft, die wirtschaftlich auseinander driftet, bleibt auch sozial nicht zusammen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dadurch, dass die wirtschaftliche und soziale Spreizung nicht überhandnimmt.“

Der Politikwissenschaftler [Karl-Rudolf Korte](#) sieht einen wachsenden Bedarf nach Sicherheit: „Seit der Pandemie gehört Gesundheitssicherheit zur Sicherheitserwartung dazu. Beim Thema der Geflüchteten tritt die kulturelle Sicherheit erneut dazu.“ Viele Menschen seien verunsichert und stellen sich die Frage nach kultureller Sicherheit. Der Ausgangspunkt für kulturelle Sicherheit sei jedoch, für die Lust auf Verschiedenheit zu werben: „Erst der Perspektivwechsel ermöglicht kulturelle Vielfalt, ohne moralisch zu belehren. Gesellschaften sind umso widerstandsfähiger, je heterogener sie sind. Voraussetzung bleibt aber, dass die Heterogenität verhandelt wurde.“

»Die Zeitenwende ist ein Begriff aus dem Verteidigungsbereich. Die Zukunftswende wird vor allem klimapolitisch und nachhaltig gedacht. Beide Begriffe verbindet ein Gedanke: Wir müssen Sachen anders machen als vorher.«

[Nils Gründer](#)

Zeitenwende und Zukunftserwartungen

„Wir leben in Vielfachkrisenzeiten“ (Karl-Rudolf Korte). Corona, Krieg und Klima – das Land kommt aus dem Krisenmodus nicht heraus. Für Florian Ranft vom Progressiven Zentrum hat das Konsequenzen für die aktuelle politische Lage: „Die Gesellschaft ringt mit sich, was die politischen Konsequenzen der Polykrise sind. Nach der Coronakrise kam die neue Bundesregierung mit ihrem Fortschrittsversprechen und nur wenige Monate später konnte man den Koalitionsvertrag bereits ad acta legen.“ Die Krisen treffen dabei auf eine Gesellschaft, so die grüne Bundestagsabgeordnete Sandra Detzer, „die dem Einzelnen schon heute viel zumutet, wie wir an der Zunahme der psychischen Erkrankungen oder Einsamkeit merken. So greifen Gefühle wie Unsicherheit oder Angst um sich, die sich auch auf die Politik übertragen. Die Anforderungen an Staatlichkeit sind gestiegen und gleichzeitig müssen Lösungen heute deutlich differenzierter ausfallen als noch vor 50 Jahren.“

Die Folgen sind spürbar. Dabei zeigt sich ein Riss in der Gesellschaft zwischen den persönlichen, den nationalen und den globalen Zukunftserwartungen. Gefragt nach ihrer persönlichen Zukunft blickt die Hälfte eher mit Zuversicht, die andere Hälfte eher mit Sorge in die nächsten Jahre. Zu den Optimisten gehören die unter 30-Jährigen, die oberen Einkommens- und Bildungsschichten und die Anhänger der drei Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP. Am pessimistischsten sind die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen und die Anhänger der AfD.

Einheitlicher fällt der Blick auf die Zukunft des Landes aus. Fast drei Viertel (72%) der Menschen blicken mit Sorge und nur jeder Vierte (25%) mit Zuversicht der Zukunft entgegen. Dabei überwiegt der Anteil der Pessimisten in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen. Im Hinblick auf die globalen Zukunftsaussichten sind die Bürger noch pessimistischer: Fast 80 Prozent (79%) blicken eher mit Sorge und nicht einmal jeder Fünfte (17%) mit Zuversicht in die Zukunft.

Alexander Schweitzer erklärt den Zukunftspessimismus mit einer wachsenden Verunsicherung: „Trotz guter volkswirtschaftlicher Kennziffern und Massenbeschäftigung haben heute viele das Gefühl, dass ihr eigener Lebensweg unsicherer geworden ist und sie näher am sozialen Abstieg sind, als sie geglaubt haben. Ich höre oft die Erzählung: „Früher ließ sich mit einem Arbeitnehmergehalt eine komplette Familie unterhalten, während man heute zwei Gehälter braucht und es immer noch nicht reicht.“

»Wir müssen Antworten finden, wie wir die gesamte Gesellschaft zusammenhalten können. Eine Gesellschaft, die wirtschaftlich auseinander driftet, bleibt auch sozial nicht zusammen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dadurch, dass die wirtschaftliche und soziale Spreizung nicht überhandnimmt.«

Alexander Schweitzer

Die Menschen haben zunehmend den Eindruck, die Politik ist überfordert und kann die Probleme nicht mehr pro-aktiv beheben. Das Vertrauen in die Lösungsfähigkeit demokratischer Politik darf nicht verloren gehen. Demokratische Politik muss liefern.«

Ralf Fücks

Große Sorge vor der Überforderung der Politik

Welche politischen und gesellschaftlichen Trends bereiten den Bürgern am meisten Sorge? Bei den Zukunftssorgen ergibt sich eine klare Hierarchie. Am meisten sorgen sich die Menschen vor der Überforderung der Politiker:innen (80%). Erst danach folgen Themen wie soziale Ungleichheit, Kriegsgefahr und Gesundheits- und Pflegesystem (78%), Inflation und hohe Preise (75%), schlechte Schulen (72%), unsichere Renten (69%), Spannungen wegen Zuwanderung (65%) und Klimakrise (63%). Jeder Zweite (50%) sorgt sich, dass Deutschland durch rechtsradikale Kräfte gefährdet wird.

Ursache für die gefühlte Überforderung der Politik sind [Alexander Schweitzer](#) zufolge „konkrete Alltagserfahrungen der Menschen: Eine als schlecht empfundene Infrastruktur, zu lange Genehmigungs- und Bauzeiten oder ein Mobilfunknetz, das schlechter ist als in manchen Entwicklungsländern. Viele haben den Eindruck, dass die Aufgaben größer und die Möglichkeiten der Politik kleiner werden.“ Der Wirtschaftsethiker [Nils Ole Oermann](#) kritisiert die politische Selbstblockade: „Wir haben kein Diagnoseproblem, wir haben einen Mangel an Fähigkeiten und Kompetenzen, unsere Probleme selbst zu lösen – und zwar parteiübergreifend von der Sicherheitspolitik über unsere Verschuldung bis zum Versuch einer nationalen Klimapolitik.“

Für den Gründer und Leiter des Zentrum Liberale Moderne, [Ralf Fücks](#), steckt hinter der Krise der westlichen Demokratien ein Vertrauensverlust in ihre Handlungsfähigkeit: „Die Menschen haben zunehmend den Eindruck, die Politik ist überfordert und kann die Probleme nicht mehr pro-aktiv beheben. Das Vertrauen in die Lösungsfähigkeit demokratischer Politik darf nicht verloren gehen. Demokratische Politik muss liefern.“ Fücks sieht in der Frage der Handlungskompetenz „eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Demokratie. Die wahrgenommene Überforderung der Politik geht an

Trotz guter volkswirtschaftlicher Kennziffern und Massenbeschäftigung haben heute viele das Gefühl, dass ihr eigener Lebensweg unsicherer geworden ist und sie näher am sozialen Abstieg sind, als sie geglaubt haben

Alexander Schweitzer

»Die Menschen haben zunehmend den Eindruck, die Politik ist überfordert und kann die Probleme nicht mehr pro-aktiv beheben. Das Vertrauen in die Lösungsfähigkeit demokratischer Politik darf nicht verloren gehen. Demokratische Politik muss liefern.«

Ralf Fücks

die Substanz, entweder in Form einer Abwendung von Politik – z.B. durch sinkende Wahlbeteiligung – oder in Richtung einer populistisch-autoritären Gegenbewegung, die nach simplen Lösungen und der starken Hand ruft.“ Diese Tendenz sei überall im Westen zu beobachten.

Für [Karl-Rudolf Korte](#) haben viele Bürger „den Eindruck, dass ihre Politiker überfordert sind, weil sie ihnen gleichzeitig eine zentrale Rolle beimessen, die Probleme auch zu lösen.“ Dass Überforderung mit Verunsicherung einher geht, sei aber eine typische Ausdrucksform moderner Gesellschaften. „Politik ist nicht abstrakt, sondern personengesteuert. Die Enttäuschung kommt daher, dass die Bürger ihren Politikern nicht zutrauen, dass sie Probleme lösen können.“ Die empfundene Überforderung der Politikerinnen und Politiker sei auch „Teil einer Gesprächsstörung, die man schon länger messen kann. Dabei geht es um den Resonanzraum zwischen Bürger und Politik und die Frage, wer ihn wie ausfüllt. Für Politikerinnen und Politiker geht es darum, den Raum durch Führungsleistung auszufüllen und so Komplexitäten zu reduzieren.“

Der Historiker [Paul Nolte](#) sieht in der empfundenen Überforderung der Politik „auch ein Wahrnehmungs- und Kommunikationsproblem: Die Frage ist, ob die Aufgaben größer geworden sind oder die Ängste der Bevölkerung. Das ist auch eine Frage der Kommunikationsfähigkeit der Politik.“

Für [Nils Ole Oermann](#) korrespondiert „die gefühlte Überforderung der Politiker mit der Angst der Bürger vor dem Mangel an Fachkompetenz. Die Qualität bei der Umsetzung von Energiepolitik leidet etwa seit dem Reaktorunfall in Fukushima 2011, als die Bundesregierung quasi im Alleingang und über Nacht entschied, aus der Atomenergie auszusteigen. Die Bürger holte niemand ab, und mit allen weiteren Problemen bei der dann folgenden „Energiewende“ stieg deren Unsicherheit und damit das Gefühl, dass sie parteiübergreifend suboptimal bis schlechter regiert werden.“ Die Ursache sieht Oermann in dem „Mangel an Fähigkeiten und Kompetenzen, unsere Probleme selbst zu lösen – und zwar parteiübergreifend von der Sicherheitspolitik über unsere Verschuldung bis zum Versuch einer nationalen Klimapolitik. Dadurch blockieren wir uns derzeit selbst.“

Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik ist auch anderen Studien zufolge auf einem Tiefstand. Dass die Politik die genannten Herausforderungen bewältigen wird, bezweifelt eine große Mehrheit. Nur noch zehn Prozent haben großes

»Die Enttäuschung kommt daher, dass die Bürger ihren Politikern nicht vertrauen, dass sie Probleme lösen können.«

Karl-Rudolf Korte

Vertrauen, dass die Politik die Probleme in den Griff bekommt, 79 Prozent haben weniger großes oder überhaupt kein Vertrauen.⁶

Sandra Detzer, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und wirtschaftspolitische Sprecherin, will statt von einer Überforderung der Politik „von einer großen Herausforderung sprechen, die Politik, aber vor allem die Gesellschaft zu leisten hat.“ Für die Herausforderung gebe es zwei Ursachen: „Unsere polykrisenhafte Zeit, die sich durch verschiedene Megatrends wie Digitalisierung, Klimawandel und Migration auszeichnet und viele Gesellschaften unter Stress setzt. Hinzu kommt zweitens ein Auflösen des traditionellen gesellschaftlichen Koordinatensystems. Die Parteibindung nimmt ab und Wechselwähler zu.“

Die Rolle des Staates für eine nachhaltige Zukunft

Eine große Mehrheit der Bürger sieht die Verantwortung dafür, dass auch kommende Generationen gut in Deutschland leben können, beim Staat. Mehr als zwei Drittel (71%) sehen beim Staat eine sehr große Verantwortung. Bei den Unternehmen und der Wirtschaft sind es 42% und bei sich selbst, den Bürgern, sieht mehr als jeder Dritte (35%) eine sehr große Verantwortung. Eine „große Verantwortung“ sehen weitere 25% beim Staat, 47% bei den Unternehmen und der Wirtschaft und 48% bei den Bürgern selbst.

In den Einzelinterviews mit den Bürgern wurde die Erwartung formuliert, dass der Staat die Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellt und dafür auch die *Rahmenbedingungen* schafft. Dazu gehört, dass das Leben bezahlbar bleibt, die Inflation bekämpft wird, ausreichend in Wohnungsbau, Infrastruktur, Bildung und ein gutes Gesundheitssystem investiert wird.

Alexander Schweitzer will die hohe Staatserwartung mit der Eigenverantwortung der Bürger verbinden: „Die Menschen in Deutschland wollen ein Gemeinwesen, das für Schwächere sorgt und nicht alles an die Kräfte des Marktes delegiert. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört allerdings auch, dass man seine Existenz selbst bestimmt,

⁶ Siehe auch Institut für Demoskopie Allensbach 2023: „Debatten am Bürger vorbei“; https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2023_Wahlrecht.pdf

»In Krisen erwarten die Bürger vor allem, dass der Staat funktioniert.«

Karl-Rudolf Korte

wenn man dazu in der Lage ist. Eigenverantwortung bedeutet auch, sich für das eigene Auskommen und das der Familie zu engagieren.“ Für **Karl-Rudolf Korte** ist die hohe Staatserwartung „im Kern Staatsfrömmigkeit. Der Staat muss Sicherheit gewährleisten. Die Deutschen wollen eher eine gute Verwaltung als eine gute Regierung. In Krisen erwarten die Bürger vor allem, dass der Staat funktioniert.“ **Florian Ranft** ergänzt: „Die hohe Staatserwartung ist Ausdruck eines aktiven Staates in der Coronakrise, der weit in das Privatleben hineinagiert und reguliert hat.“ Für **Nils Gründer** muss der Staat „die Rahmenbedingungen setzen, in denen die Zukunftsherausforderungen angegangen werden müssen. Es geht um ein Zusammenwirken aus einem schlanken und effizienten Staat, aus Unternehmen und Bürgern, die im Zusammenspiel dafür sorgen, dass die Zukunftsthemen angegangen werden und es zukünftigen Generationen auch noch gut geht.“ Er führt aus: „Nur wenn wir jeden Tag Frieden und Freiheit verteidigen, kann es kommenden Generationen besser gehen als den vorangegangenen. Wir müssen ein Verständnis dafür schaffen, dass wir kommenden Generationen eine unsichere Erde zurücklassen bzw. ein unsicheres Deutschland zurücklassen, als wir es von unseren Eltern übernommen haben, wenn wir nicht bereit sind, unsere Lebensgrundlagen zu verteidigen.“

Sandra Detzer sieht in der wahrgenommenen Überforderung der Politik und der hohen Staatserwartung der Bürger einen gewissen Widerspruch und fordert „eine neue Aufgabenteilung, denn Staat, Wirtschaft und Bürger:innen müssen mehr Verantwortung übernehmen. Zur Aufgabe der Zeitenwende gehört es auch, dass Staatlichkeit stärker gefordert ist, wenn es darum geht, internationale Risiken abzufedern für den Einzelnen. Unsere Verteidigungsfähigkeit steht wieder stärker im Fokus. Der Staat kann aber nicht alle Risiken für den Einzelnen abfedern, es braucht auch Eigenverantwortung. Ich hoffe, dass wir es über demokratische Streitkultur schaffen, zu gemeinsamen Lösungen und zu einer Verantwortungshaltung zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat zu kommen. Der Staat kann das allein nicht schaffen.“

Nils Ole Oermann hält das hohe Staatsvertrauen für legitim: „Der Staat“ ist dabei niemals abstrakt „die Gesellschaft“. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher sagte einmal: *“There’s no such thing as society. There are individual men and women and there are families. And no government can do anything except through people.”* Will heißen: Der Staat, das sind wir alle. Richtig ist aber auch: Die Bürger dieses Landes zahlen aktuell fast weltweit die meisten Steuern und erwarten entsprechend viel von der öffentlichen Infrastruktur.“

»Staat, Wirtschaft und Bürger:innen müssen mehr Verantwortung übernehmen. ... Der Staat kann das allein nicht schaffen.«

Sandra Detzer

»Einerseits wissen wir, dass ›die fetten Jahre vorbei sind. Andererseits besteht keine echte Bereitschaft zur Senkung des Lebensstandards.«

Paul Nolte

Der Historiker [Paul Nolte](#) verweist auf die Corona-Erfahrungen: „Die Staatserwartung ist in den letzten Jahren, vor allem in der Pandemie, größer geworden. Die Bürger erwarten heute staatliche Ersatzleistungen für ihre Schäden bis hin zu einer Kompensation ihres Lebensstandards. Bewusstseinszustand und Kommunikation hierzu sind paradox: Einerseits wissen wir, dass „die fetten Jahre vorbei“ sind. Andererseits besteht keine echte Bereitschaft zur Senkung des Lebensstandards.“

Wie viel Einfluss hat der Einzelne?

Fast 90 Prozent (88%) der Bundesbürger sind nach der repräsentativen Bevölkerungsbefragung der Ansicht, dass jeder Einzelne zumindest „etwas“ zur Entwicklung und Veränderung in unserer Gesellschaft beitragen kann. Mehr als jeder Dritte (36%) meint, jeder Einzelne könne viel beitragen, gut die Hälfte (53%) meint „etwas“ und dass man „so gut wie gar nichts“ beitragen kann, sagt nur jeder Zehnte (bei den AfD-Anhängern ist es dagegen jeder Vierte (25%)). Erstaunlich niedrig ist der Wert bei den Jüngeren: Von den 18- bis 29-Jährigen glaubt nicht einmal jeder Fünfte (17%), dass er oder sie viel Einfluss nehmen kann.

Welche Einflussmöglichkeiten hat der einzelne Bürger? Auf diese Fragen werden nicht nur die geläufigen Möglichkeiten – politisches Bewusstsein, Engagement und die Teilnahme an Wahlen – genannt, sondern vor allem ein respektvolles Miteinander und ein gesellschaftliches und soziales Engagement im Alltag. Am häufigsten wird der Umgang der Menschen miteinander als ein wichtiger Beitrag für ein besseres Zusammenleben und einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorgehoben, durch den auch andere Dinge besser erreicht werden können wie zwei Stimmen aus den Einzelinterviews äußern: *„Es würde Vieles einfacher machen, wenn die Menschen einfach nur menschlicher zueinander wären. Umgänglicher, menschlicher, rücksichtsvoller. Das würde Vieles einfacher machen. Dass man nicht nur an sich selbst denkt, sondern auch mal an die anderen“* *„Jeder Einzelne kann erstmal den Mindestbeitrag leisten und einmal zur Wahl gehen alle vier Jahre, zur großen Bundestagswahl, aber auch zu seinen Wahlen vor Ort in der Gemeinde und auch die Politik auf der kleinen Ebenen damit unterstützen.“*

Vor allem Veränderungen beim Konsumverhalten bieten nach Meinung der Befragten die Möglichkeit, einen Beitrag zu mehr „Nachhaltigkeit“ zu leisten. Dazu gehören u.a. die Reduzierung des Konsums durch bewussteres Einkaufen, der Kauf langlebiger und qualitativ hochwertiger Produkte, durch Reparieren statt Neukauf, durch den Kauf klimaneutraler Produkte, durch Produkte aus „fairem Handel“. Daneben wird auch in einem bewussteren Kauf von bzw. Umgang mit Lebensmitteln sowie einer Verände-

»Die Parteien sollten besser erklären, warum man sie braucht.«

Nils Gründer

rung beim *Ernährungsverhalten* (Verzicht auf Fleisch, regionale Produkte kaufen, keine Lebensmittel wegwerfen) ein möglicher Beitrag des Einzelnen zu mehr Nachhaltigkeit gesehen. Darüber hinaus können Bürger nach Meinung einiger Befragte durch einen bewussteren und sparsameren Umgang mit Energie und Wasser einen Beitrag zu mehr „Nachhaltigkeit“ leisten. Von einigen wird auch ein verändertes *Mobilitätsverhalten* – stärkere Nutzung des ÖPNV, Umstellung auf E-Mobilität, Verzicht auf Inlandsflüge, Nutzung des Fahrrads – vorgeschlagen. Auch die Müllvermeidung und Mülltrennung bieten nach Meinung der Befragten Möglichkeiten für nachhaltiges Verhalten.

„Ich bin in die Politik gegangen, um etwas zu verändern“, sagt der Liberale **Nils Gründer**. Es gebe „multiple Möglichkeiten, sich einzubringen: Man kann zur Wahl gehen, eine Partei gründen oder beitreten und für seine Positionen einstehen. Oder man kann eine Bewegung gründen und da politische Akzente setzen. Das müssen sich viel mehr Menschen bewusst machen und trauen. Gleichzeitig hat die Politik mehr Verantwortung, es jungen Menschen zu ermöglichen, ins Parlament zu kommen und für die eigenen Überzeugungen einzutreten.“ Er fordert aber auch mehr Veränderungen in den Parteien ein: „Die Parteien sollten besser erklären, warum man sie braucht. Es gehört zum System dazu, dass man sich als Partei insgesamt attraktiver macht. Auf lokaler Ebene gibt es z.B. viele Möglichkeiten, sich einzubringen.“

Für den Sozialdemokraten **Alexander Schweitzer** zeigt das Ergebnis: „Es kommt es auf jeden Einzelnen an. Machtverhältnisse lassen sich ändern. Im Großen wie im Kleinen. Und: Engagement zahlt sich immer aus. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der eigenen Lebensgestaltung, bürgerschaftlichem Engagement und der wirtschaftlichen Existenz.“ **Paul Nolte** sieht die Ursache für die empfundene Einflusslosigkeit im Funktionsverlust der großen Institutionen: „Die Transmissionsriemen unserer Gesellschaft wie Parteien oder Gewerkschaften haben heute nicht mehr den Stellen- und Funktionswert wie früher. Das heißt: ein Großteil der Bevölkerung wird nicht in solchen Organisationen repräsentiert, verfügt aber auch nicht (wie

**»Es kommt es auf jeden Einzelnen an.
Machtverhältnisse lassen sich ändern.
Im Großen wie im Kleinen. Und: Engagement
zahlt sich immer aus. Es gibt einen Zusammen-
hang zwischen der eigenen Lebensgestaltung,
bürgerschaftlichem Engagement und der
wirtschaftlichen Existenz.«**

Alexander Schweitzer

»Die eigene Selbstwirksamkeit ist begrenzt, wenn man sich für das Fitnessstudio statt für den Sportverein oder die Mitgliedschaft in einer Partei entscheidet.«

Paul Nolte

die Eliten) über individuelle Selbstwirksamkeit in einem größeren, etwa nationalen Rahmen. Der Schaden ist offensichtlich und lässt sich so leicht nicht mehr beheben.“ **Nolte** fordert mehr Eigenverantwortung und Engagement: „Wir müssen den Bürgern den Spiegel vorhalten: Die eigene Selbstwirksamkeit ist begrenzt, wenn man sich für das Fitnessstudio statt für den Sportverein oder die Mitgliedschaft in einer Partei entscheidet.“

Für **Karl-Rudolf Korte** trägt auch die Politik Verantwortung für das Ohnmachtsgefühl der Bürger: „Der Einfluss von Bürgern wird häufig unterschätzt. Die meisten nehmen ihre Einflussmöglichkeiten nicht wahr, weil sie nicht danach gefragt werden sich engagiert einzubringen.“ Vor allem auf kommunaler Ebene und auf Landesebene gebe es eine Debatte „wie sich Schieflagen in der Repräsentation ausgleichen und sich Engagementprofile stärken lassen.“ Wenn Bürgerbeteiligung klug gemacht werde, so Korte, „werden nicht nur immer die gleichen ressourcenstarken Bildungsbürger gestärkt, die Anliederdemokratie, sondern es entsteht ein neues Mischungsverhältnis.“ Aus den Zumutungen, die aktuell in Nachhaltigkeitsfragen eine Rolle spielen, zeige sich: „Die Zumutung ist umso geringer, je mehr Teilnahme vorher organisiert und eingeplant wird. Insofern ist es klug von der Politik, das so zu machen.“

Sandra Detzer sieht auf allen Ebenen sehr gute Beteiligungsmöglichkeiten: „Gerade in den Kommunen zeigt sich das. Bürgerräte bieten eine gute Möglichkeit, Bürger:innen einzubinden. In einer Demokratie hat Zivilgesellschaft auch eine Bringschuld. Politik kann Angebote machen, aber jedes Individuum muss am Ende für sich entscheiden, ob und wie es seine bürgerlichen Pflichten lebt.“ **Nils Ole Oermann** sieht den Staat in der Pflicht: „Mit diesen 36 Prozent der Bürger als citoyens im besten Sinne können wir einen Staat machen. Die kritischere Frage bleibt: Wie kommen wir an die anderen heran, die ein Gefühl der Ohnmacht entwickelt haben?“ Und führt aus: „Die so einfache wie in der Umsetzung so schwierige Antwort lautet: Indem unser Staat selbst liefert, und zwar das, was er zugesagt hat: Innere Sicherheit oder eine so nachhaltige wie bezahlbare Energiepolitik. Entscheidend ist gleichzeitig, dass ein solcher Staat den Menschen nicht vorgaukelt, Geld, Mittel und Möglichkeiten wie Expertise zu haben, die er nicht hat. Und in dem er nicht allen alles verspricht und sich rechtlich verpflichtet, Unmögliches zu leisten. Denn schon im Römischen Recht kann und darf man Unmögliches von niemandem fordern (*ultra nemo posse obligatur*-Grundsatz). Ein einfaches Beispiel: Wärmepumpen kann nur der vorschreiben, der das dazu nötige Equipment, die dazu nötige Energie und die handwerkliche Expertise bezahlbar vorhält und ausgebildet hat. Wer daran scheitert, produziert Misstrauen und Ohnmacht, die sich eine Demokratie nicht leisten kann.“

»Die aktuelle Zeit der Transformation ist eine Chance und Möglichkeit, politisch neue Wege zu gehen, was Partizipationsprozesse anbelangt.«

Florian Ranft

„Die parlamentarische Demokratie ist das Beste, was wir haben“, kommentiert [Nils Gründer](#) das Ergebnis. „Das System ist nicht perfekt, es gibt immer punktuell Anpassungsbedarf. Vor allem die jungen Politiker bringen einen anderen Politikstil rein. Die Demokratie in Deutschland ist gut so, weil jeder die Chance hat, sich einzubringen.“

Für [Sandra Detzer](#) ist es ermutigend, „wenn viele Bürger ihren Einfluss auf gesellschaftliche Veränderung als hoch einschätzen. Dies zeigt, dass sie ihre Verantwortung spüren. Eine wache und aktive Gesellschaft kann politischen Fehlentwicklungen besser standhalten. Deutschland sei aufgrund seiner Erfahrungen im Hinblick auf die Bedeutung einer aktiven Zivilgesellschaft sensibler. [Florian Ranft](#) geht einen Schritt weiter und will „besser von Mitgestaltung statt von Beteiligung sprechen. Die aktuelle Zeit der Transformation ist eine Chance und Möglichkeit, politisch neue Wege zu gehen, was Partizipationsprozesse anbelangt.“

Eine neue „Wertschätzung für die elektorale, repräsentative und parlamentarische Demokratie und ihre Vertreter:innen“ beobachtet [Paul Nolte](#). Die Skepsis gegenüber Instrumenten wie Volksentscheiden habe dagegen zugenommen. „Damit ist auch das Bewusstsein bei den Bürgern für den Kompromisscharakter von Demokratie gewachsen. Technokratische Experimente wie die Entscheidung durch Expert:innen sind historisch gescheitert. Wir haben mit der Technokratie und Rätssystemen im 20. Jahrhundert schreckliche Erfahrungen gemacht. Sollen wir jetzt Naturwissenschaftler in der Frage der Klimapolitik entscheiden lassen?“

Zusammenfassung

Die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit lösen ein Gefühl der Überforderung bei den Bundesbürgern aus. Die Hälfte der Bundesbürger blickt im Hinblick auf ihre persönliche Zukunft eher mit Sorge, die andere Hälfte mit Zuversicht entgegen. Dabei lässt sich die Einschätzung der persönlichen Zukunft aus Sicht der Befragten kaum von den übergeordneten Themen trennen. Konkret bereiten den Bürgern der abnehmende gesellschaftliche Zusammenhalt, die Unsicherheit im Hinblick auf die politischen Entscheidungen in der Energiepolitik sowie der Klimawandel Sorgen. Die Demokratie wird (noch) als gefestigt wahrgenommen. Als notwendig erachtet wird eine stärkere Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Zwei Ergebnisse stehen sich dabei diametral gegenüber und offenbaren eine Entfremdung zwischen Politik und Bürgern: Die große Sorge vor der Überforderung der Politik und die Wahrnehmung ihrer geringen Problemlösungsfähigkeit auf der einen Seite und die hohe Bereitschaft zur Einflussnahme und Beteiligung in der Gesellschaft sowie die Veränderungsbereitschaft der Bürger auf der anderen Seite.

Zweites Kapitel

Nachhaltigkeit – Vom Nimbus zum Narrativ

»Es gibt genug Anlass für ein optimistisches Zukunftsbild. Wir haben in Deutschland sehr viele kreative und innovative Unternehmen. Wir müssen jetzt handeln, nachdem wir 10-15 Jahre nicht gehandelt und eher auf Verwalten gesetzt haben.«

Johannes Winkel
Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschland

»Nachhaltigkeit ist eine Lebens- und Handlungsmaxime, die das Leben im Jetzt so ausgestaltet, dass zukünftige Generationen mehr Handlungsmöglichkeiten haben.«

Sandra Detzer

Kaum ein Begriff hat in den letzten Jahrzehnten derart Karriere gemacht wie der der Nachhaltigkeit. Bereits im 18. Jahrhundert wurde er in der Forstwirtschaft verwendet: Man dürfe nur so viel Holz abschlagen, wie auch nachwachsen kann. Heute wird mit Nachhaltigkeit ein Prinzip und Postulat verstanden, das eine ganzheitliche Betrachtung von gesellschaftlichen Herausforderungen verlangt. Die Verantwortung für die heute lebenden Generationen wird mit der Verantwortung für die kommenden Generationen verbunden. So definiert der berühmte Bericht der Brundtlandt-Kommission der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1987 eine Entwicklung nur dann als „nachhaltig“, wenn sie den „Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“. Es gelte dabei, einzelne Politikbereiche miteinander zu verknüpfen und weiterzuentwickeln.⁷

Die grüne Bundestagsabgeordnete [Sandra Detzer](#) definiert „Nachhaltigkeit“ „als eine Lebens- und Handlungsmaxime, die das Leben im Jetzt so ausgestaltet, dass zukünftige Generationen mehr Handlungsmöglichkeiten haben.“ In den Einzelinterviews werden ähnliche Definitionen geäußert: „Dass man das Leben jetzt nicht mit vollen Händen ausschöpft, sondern auch was für die Zukunft bleibt, für unsere Kinder, die Enkel, dass auch da was ist.“ Nachhaltigkeit bedeutet für den FDP-Bundestagsabgeordneten [Nils Gründer](#) nicht nur Ökologie und Klimaschutz: „Nachhaltigkeit würde ich so definieren, dass wir kommenden Generationen einen funktionierenden Planeten hinterlassen. Es geht um Klima und Umwelt, aber auch um eine Sicherheitsarchitektur, unter der alle gut leben können und Fortschritte in der Digitalisierung, dass wir in Zukunft im Vergleich zu anderen Nationen wettbewerbsfähig sind. Wir brauchen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.“

Fast 40 Prozent können mit Nachhaltigkeit nichts anfangen

In Deutschland können heute mehr als 60 Prozent spontan etwas mit dem Begriff der Nachhaltigkeit anfangen. Knapp vier von zehn Befragten (37%) können mit dem Begriff dagegen überhaupt nichts Konkretes anfangen. Bei den Jüngeren in der Altersgruppe unter 30 Jahren kann fast jeder Zweite (48%) nichts Konkretes mit dem Begriff anfangen, in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen sind es 45 Prozent.

⁷ Unsere gemeinsame Zukunft: [d. Brundtland-Bericht] / Weltkomm. für Umwelt u. Entwicklung, Zsetzung d. Komm.: Vorsitzende: Gro Harlem Brundtland. Stellv. Vorsitzender: Mansour Khalid. Susanna Agnelli [Hrsg.: Volker Hauff. Aus d. Engl. von Barbara von Bechtolsheim], 1987.

»Wir sind an einem kritischen Punkt: Eine Klimapolitik, die nicht gleichzeitig ökonomisch erfolgreich ist und auf soziales Vertrauen stößt, ist zum Scheitern verurteilt. Für die Frage von gesellschaftlicher Akzeptanz und internationaler Anschlussfähigkeit ist es fundamental, dass wir uns wieder auf dieses altmodische Dreieck besinnen.«

Ralf Fücks

Der Gründer und Leiter des Instituts Liberale Moderne, [Ralf Fücks](#) kritisiert die Verkürzung der Nachhaltigkeitsdebatte auf Klima und ökologische Krise: „Diese Verkürzung droht uns jetzt auf die Füße zu fallen, weil sich zeigt, dass auch die ambitioniertere Klimapolitik dem Dreieck von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit nicht entkommen kann. Wir sind an einem kritischen Punkt: Eine Klimapolitik, die nicht gleichzeitig ökonomisch erfolgreich ist und auf soziales Vertrauen stößt, ist zum Scheitern verurteilt. Für die Frage von gesellschaftlicher Akzeptanz und internationaler Anschlussfähigkeit ist es fundamental, dass wir uns wieder auf dieses altmodische Dreieck besinnen.“ [Alexander Schweitzer](#) hält den Begriff der Nachhaltigkeit für „sehr unscharf: Die Politik der Klimabewegung und die Automobilindustrie interpretieren den Begriff sehr unterschiedlich. Auch die Politik sollte darauf achten, dass sie ihn stärker zuspitzt.“ Für Florian Ranft ist der Begriff der Nachhaltigkeit „zu sehr verwässert worden. Dadurch leidet für viele die Glaubwürdigkeit des Begriffs.“

Der Politikwissenschaftler [Karl-Rudolf Korte](#) hält den Begriff der Nachhaltigkeit für eine „Worthülse“ und fordert: „Begriffe wie Nachhaltigkeit und Transformation brauchen einen konkreten Übersetzungsnutzen.“ Korte sieht die Parteien in der Pflicht als „Übersetzungslotsen“: Parteien ... dürfen keine abstrakten Begriffe verwenden. „Die Schöpfung bewahren“ passt bspw. sehr gut zu einer christlich geprägten Partei. Das versteht jeder, wie man die Schöpfung bewahren sollte und welchen Anteil ich daran haben könnte.“ Nachhaltigkeit sei in seiner Entstehungsgeschichte ein Elitenbegriff, ergänzt [Nils Ole Oermann](#) und schlägt „Sustainability“ als Gegenbegriff und Fähigkeit vor, „einen einmal begonnenen Prozess durchhalten zu können.“

Für den Historiker [Paul Nolte](#) ist der Zukunfts- und Zeithorizont des Begriffs Nachhaltigkeit für viele unklar. „Nachhaltigkeit kann als Hybris der Gegenwart empfunden werden. Es kann als übergriffig gesehen werden, wenn die heute in Verantwortung stehende Generation für das Jahr 2070 entscheidet und damit in die Freiheit der nächsten Generation eingreift. Auch die nächste Generation will ihre Welt noch bestimmen können. Heißt Nachhaltigkeit Sparen, weil wir nachfolgenden Generationen nicht die Zinslast hinterlassen und ihre Handlungsspielräume einschränken wollen, oder heißt Nachhaltigkeit vielmehr das Gegenteil: viel Geld für Investitionen ausgeben? Das ist politisch umstritten, aber auch sehr prinzipiell ein Grunddilemma: „Vorleistung“ oder „Vorlastung“?“

»Heißt Nachhaltigkeit Sparen, weil wir nachfolgenden Generationen nicht die Zinslast hinterlassen und ihre Handlungsspielräume einschränken wollen oder heißt Nachhaltigkeit vielmehr das Gegenteil: viel Geld für Investitionen ausgeben? «

Paul Nolte

Diejenigen, die mit dem Begriff der Nachhaltigkeit etwas anfangen können, bringen ihn fast ausschließlich mit den Themen Umwelt und Ökologie in Verbindung, z.B. mit „nachhaltigem“ Konsum, umweltbewusstem Verhalten, einem schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, Recycling oder Kreislaufwirtschaft, dem Kauf von regionalen oder biologischen Produkten, der Verwendung nachwachsender Rohstoffe oder der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung.

Welche Nachhaltigkeitsziele haben Priorität?

Befragt nach der Priorisierung der Ziele, die häufig mit dem Begriff der Nachhaltigkeit in Verbindung gebracht werden, ergibt sich ein klares Bild. Für die Zukunft am wichtigsten und dringlichsten wird von mehr als drei Vierteln (76%) die Schaffung eines guten Bildungs- und Schulsystems empfunden. An zweiter Stelle folgt die Schaffung eines guten Gesundheitssystems für alle, das 69 Prozent für sehr wichtig halten. Mit deutlichem Abstand folgen an dritter Stelle die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit, die von einer knappen Mehrheit (52%) als sehr wichtiges Ziel eingestuft wird und an vierter Stelle der Umwelt- und Klimaschutz (mit 48 Prozent).

Den Vorsitzenden der Jungen Union, Johannes Winkel, überrascht das Ergebnis nicht: „In wirtschaftlich schwierigen Zeiten geht es den Menschen vor allem um konkrete, weniger um abstrakte Belange. Klimaschutz ist für viele Menschen in Deutschland noch zu abstrakt.“ Klima- und Umweltschutz sei, so [Karl-Rudolf Korte](#), „ein wunderbares Ziel, aber es ist für viele Menschen weder konkret noch persönlich. Unter den anderen genannten Zielen kann man sich mehr vorstellen.“

Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft

Für [Ralf Fücks](#) zeigt das Ergebnis: „Die Menschen machen sich neben dem Klimawandel auch noch andere Sorgen, auch wenn das in der medialen Öffentlichkeit kaum so wahrgenommen wird“. Er warnt vor einer „Polarisierung zwischen jenen, für die Klimaschutz über allem steht, und denen, die stärker auf ihre Alltagsorgen

Mehr als



(76%) **empfinden die Schaffung eines guten Bildungs- und Schulsystems** als für die Zukunft am wichtigsten und dringlichsten.

An zweiter Stelle folgt die Schaffung eines guten Gesundheitssystems für alle, das 69 Prozent für sehr wichtig halten.

schauen. Das ist eine gefährliche Kluft, ein Scheunentor für Populismus.“ **Fücks** fordert eine stärkere Verknüpfung der Klimapolitik mit Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen: „Das Desaster rund um das Gebäude-Energiegesetz war ein Warnsignal. Wenn Politik den Eindruck aufkommen lassen würde, dass sich alles nur noch um das Klima dreht, untergräbt das den Rückhalt in der Bevölkerung für die Klimapolitik.“ Auch für **Florian Ranft** hat die sogenannte Heizungsdebatte in diesem Jahr gezeigt: „Wenn Gesetze schlecht kommuniziert werden, verliert man die Unterstützung der Gesellschaft schnell.“

Für **Ralf Fücks** fehlt ein konsistentes politisches Narrativ: „Alle machen weiter ihre Fachpolitik, aber daraus entsteht kein Bild, wohin die Reise gehen soll.“ Der frühere Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung und grüne Vordenker vermisst ein klares ordnungspolitisches Konzept für die ökologische Marktwirtschaft: „Die einen glauben, die Klimakrise sei zu dringlich, um sie mit Marktwirtschaft zu lösen. Die anderen halten zwar die Monstranz der Marktwirtschaft hoch, aber daraus folgt keine konkrete Politik. Damit macht man das ganze Konzept unglaubwürdig.“ Fücks warnt vor einer dirigistischen Wirtschaftsordnung - einer „Kombination aus staatlicher Lenkung der Wirtschaft und engmaschigen Vorgaben, wie Menschen zu leben haben... einer detaillierten staatlichen Regelung von Alltagsleben, Produktion, Energie und Verkehr, selbstverständlich in bester Absicht.“

»Das Desaster rund um das Gebäude-Energiegesetz war ein Warnsignal. Wenn Politik den Eindruck aufkommen lassen würde, dass sich alles nur noch um das Klima dreht, untergräbt das den Rückhalt in der Bevölkerung für die Klimapolitik.«

Ralf Fücks

45
Prozent

halten die **Stärkung der demokratischen Institutionen für prioritär.**

Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind für 42 Prozent wichtig, die Begrenzung der Staatsverschuldung und die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen sehen jeweils weniger als ein Drittel für prioritär für die Zukunft an (32 bzw. 31%).

Auch [Alexander Schweitzer](#) fordert eine neue Balance aus Ökologie und Sozialem: „Wir müssen die Prozesse so moderieren, dass die Interessen verknüpft werden. Die Debatte um das Heizungsgesetz hat gezeigt: ökologische und soziale Ziele müssen in ein praktisches Verhältnis gebracht werden. Dafür kann auch der Begriff der Nachhaltigkeit stehen.“

Weniger als die Hälfte (45%) halten die Stärkung der demokratischen Institutionen für prioritär, eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie 42 Prozent, die Begrenzung der Staatsverschuldung und die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen sehen jeweils weniger als ein Drittel für prioritär für die Zukunft an (32 bzw. 31%).

Umwelt- und Klimaschutz und Klimaneutralität: Kluft zwischen Grünen-, Union-, FDP- und AfD-Anhängern

Kaum Unterschiede bei der Priorisierung der Nachhaltigkeitsziele gibt es erstaunlicherweise zwischen der jüngeren und der älteren Generation. Leichte Unterschiede gibt es hier beim Thema Umwelt- und Klimaschutz. Eine Kluft dagegen zeigt sich bei den Anhängern der Parteien beim Ziel „Umwelt- und Klimaschutz. Dieses hat für fast alle Anhänger der Grünen eine sehr hohe Bedeutung, aber nur für eine Minderheit der Anhänger von CDU/CSU, FDP und vor allem der AfD. Unter den Grünenanhängern seien [Ralf Fücks](#) zufolge „viele der Meinung, die Klimakrise sei so dringlich, dass wir keine Zeit haben, auf Innovationen und den Wettbewerb um die besten Ideen zu setzen. Stattdessen müsse strikt durchgegriffen werden, um das rettende Ufer zu erreichen.“ [Fücks](#) warnt: „Die Grünen dürfen in der Regierung nicht nur Politik für die eigenen Anhänger machen. Wenn man sich zu stark in den Resonanzraum einsperrt, in dem die Aktivisten der Klimapolitik dominieren und die Politik an ihnen ausrichtet, wird es gefährlich. Die Grünen müssen zurück zu Robert Habecks Ansatz, Politik für die ganze Gesellschaft zu machen.“

Eine Spaltung in zwei versus ein Drittel zeigt sich beim Thema Klimaneutralität. Die Pläne der Bundesregierung, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu gestalten, halten fast zwei Drittel (65%) für sehr bzw. wichtig, ein Drittel (34%) dagegen für weniger wichtig bzw. unwichtig.

[Sandra Detzer](#) sieht Klimaschutz als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: „Wir müssen die progressiv klimafreundlichen Kräfte bündeln und müssen verhindern, dass sich das Lager weiter spaltet.“

Klimaneutralität: Vorrang für technologische Innovationen, Skepsis bei Verboten und Konsumverzicht

Einig sind sich die Bürger bei den Instrumenten zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität. Drei Viertel (75%) halten vor allem technologische Innovationen für am wirkungsvollsten. Fast zwei Drittel (63%) halten staatliche Anreize und Förderung (63%) und eine knappe Mehrheit (51%) individuellen Konsumverzicht für wirkungsvoll. Nur jeder Vierte (26%) setzt auf staatliche Regulierungen und Verbote, wogegen die Anhänger der Grünen diametral unterschiedlicher Meinung sind. Von ihnen hält eine Zweidrittel-Mehrheit (67%) staatliche Regulierungen und Verbote für eine sinnvolle Maßnahme zur Erreichung der Klimaneutralität.

Für Nils Ole Oermann ist das Ergebnis kein Widerspruch: „Die Bürger erwarten viel vom Staat, setzen bei der Umsetzung aber zurecht auf marktwirtschaftlich wie wissenschaftlich generierte Technologien und Innovationen. In der Corona-Pandemie haben wir doch in Deutschland gezeigt, dass wir zu Innovationen in kurzer Zeit fähig sind. Warum nicht auch in der Klimakrise?“ Auch Nils Gründer ist optimistisch: „Nur die Orientierung am Fortschritt führt zur Klimaneutralität. Angesichts der Fortschritte in den letzten Jahren bin ich sehr zukunftsoptimistisch. Die Politik muss dem Raum geben, sodass diese Innovationen genutzt werden können. Es braucht Anreize und Menschen mit Erfindergeist, die sich Lösungen überlegen.“

„Hin und hergerissen“ sieht [Karl-Rudolf Korte](#) die Bevölkerung: „Die Bundesregierung trägt genau das aus, was die Umfrage dokumentiert: Es geht nicht um Besserwisserei, sondern darum, mehrheitsfähig zu bleiben und mit Charme um stabile Mehrheiten zu werben. Angstmanagement oder ein Gestus des Besserwissens helfen nicht weiter. Die Grünen sind deshalb so groß geworden, weil sie genau das nicht gemacht haben

»In der Corona-Pandemie haben wir doch in Deutschland gezeigt, dass wir zu Innovationen in kurzer Zeit fähig sind. Warum nicht auch in der Klimakrise?«

Nils Ole Oermann

Einig sind sich die Bürger bei den **Instrumenten zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität.**



(75%) halten vor allem **technologische Innovationen** für am wirkungsvollsten.

Fast zwei Drittel (63%) halten staatliche Anreize und Förderung (63%) und eine knappe Mehrheit (51%) individuellen Konsumverzicht für wirkungsvoll.

und als Macher-Partei wahrgenommen wurden. Jetzt sitzen sie in der alten Falle einer Verbotspartei. Der Ausweg ist klar, die baden-württembergischen Grünen machen es vor.“ Korte sieht Deutschland als Ingenieurernation und setzt auf „Verbesserung durch innovativen Wettbewerb: Wir sind hier nicht romantisch unterwegs, sondern setzen dabei auf den Staat, der Anreize geben soll, die nötigen Techniken zu entwickeln. Und die Bürger merken im Alltag, dass Technik hilft.“

Für **Ralf Fücks** sind die Umfrageergebnisse „eher ermutigend: Die Kombination von technischen Innovationen, staatlichen Anreizen plus individuellen Verhaltensänderungen ist ein guter Mix und zeigt: es gibt einen Resonanzboden für die Idee einer ökologischen Marktwirtschaft.“ Jetzt gehe es darum, „zu zeigen, dass wir mit dem ökoliberalen Weg, der vorrangig auf marktwirtschaftliche Instrumente und Innovationsdynamik setzt, die effektivere Klimapolitik machen, als wenn wir vor allem auf Ordnungspolitik setzen.“

Sandra Detzer zufolge haben technologische Innovationen „eine enorme Bedeutung für das Ziel der Klimaneutralität. Digitale Energiesysteme tragen dazu bei, dass Produktion und Verbrauch von Strom beispielsweise besser miteinander gekoppelt werden. Es geht um die Kombination der richtigen Regulierung von technischen Innovationen. Verbote sollten das letzte der Mittel der Wahl sein, Regulierung dagegen ist sehr wichtig, da sie das Individuum entlastet. In einem funktionierenden Ordnungssystem sind Regulierungen zur Internalisierung der externen Effekte die zentrale Stellschraube.

»Wir müssen die Regeln der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft so ausgestalten, dass es für die Menschen einfach und kostengünstig ist, sich für Klimaschutz zu entscheiden. Es muss für die Menschen einfacher werden, die richtigen Entscheidungen für den Klimaschutz zu treffen.«

Sandra Detzer

»Wenn Unpopuläres mehrheitsfähig gemacht werden kann, gilt das prinzipiell auch für alle Transformationszumutungen. Voraussetzungen sind transparente Kommunikation und befristete Zumutungen, die alle gleichermaßen treffen.«

Karl-Rudolf Korte

Die Aufgabe des Staates ist es, die Regeln so zu setzen, dass es für den Einzelnen möglichst einfach ist, den Weg in Richtung Klimaneutralität mitzugehen.“ Das Ziel des Klimaschutzes dürfe nicht ausschließlich von Einzelentscheidungen abhängen: „Wir müssen die Regeln der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft so ausgestalten, dass es für die Menschen einfach und kostengünstig ist, sich für Klimaschutz zu entscheiden. Es muss für die Menschen einfacher werden, die richtigen Entscheidungen für den Klimaschutz zu treffen. Dann wäre die klimaneutrale Zukunft lebenswerter, angenehmer und günstiger als die fossile Vergangenheit und die Frage des Verzichts würde sich erübrigen. Im Nutzungsverhalten werden wir eher Substitutionen sehen und nicht, Einzelnen das Fliegen verbieten zu wollen.“ Fossile Energie werde in Zukunft wesentlich teurer sein, so [Detzer](#). Sie fordert Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Einkommen: „Das Geld ist besser in die Wärmewende investiert, damit die Menschen in Zukunft niedrigere Energiekosten haben.“

[Alexander Schweitzer](#) setzt ebenfalls auf einen Mix: „Staatliche Regulierungen und Zielsetzungen lösen unternehmerische Entscheidungen für den Markt von morgen aus. Wir brauchen daher eine Kombination aus staatlicher Regulierung und technologischen Innovationen. Regulierung, Markt und Innovationen bedingen einander. Ein Update für die Marktwirtschaft fordert [Sandra Detzer](#). „Die Marktwirtschaft ist ein hervorragendes erfolgreiches Instrument, braucht aber ein Update für Klimaneutralität und eine inklusive Gesellschaft mit starkem Zusammenhalt.“

Auch [Karl-Rudolf Korte](#) betont die Notwendigkeit eines Interessenausgleichs: „Es muss einen Mittelweg geben. Aus der Sozialökonomie und der Transformationsforschung wissen wir, dass Zumutungen unter bestimmten Rahmenbedingungen durchaus mehrheitsfähig werden können. Wenn Unpopuläres mehrheitsfähig gemacht werden kann, gilt das prinzipiell auch für alle Transformationszumutungen. Voraussetzungen sind transparente Kommunikation und befristete Zumutungen, die alle gleichermaßen treffen.“ Auf die offene Zukunft setzt der Historiker [Paul Nolte](#): „Viele Optionen sehen wir heute noch nicht und können sich als dritte Wege durchsetzen. Es bleibt nicht alles, so wie es war, aber es wird auch nicht so, wie es sich einige für den Endpunkt ihrer „Wenden“ wünschen.“

Nur jeder Fünfte (21%) glaubt, dass die meisten Menschen bereit sind, ihre Lebensweise zu ändern, sich einzuschränken und auf bestimmte Dinge zu verzichten, um zu mehr Klimaschutz beizutragen. Fast drei Viertel (74%) glauben dies nicht.

Nur

**jeder
Fünfte**

(21%) glaubt, dass die meisten Menschen bereit sind, **ihre Lebensweise zu ändern, sich einzuschränken und auf bestimmte Dinge zu verzichten, um zu mehr Klimaschutz beizutragen.** Fast drei Viertel (74%) glauben dies nicht.

Nils Gründer nimmt diese Einschätzung anders wahr: „Wenn ich mit anderen Menschen spreche, dann erzählen sie mir, dass sie versuchen, selbst etwas zu machen und sich zu informieren. Die Menschen reagieren allergisch darauf, wenn es zu einem Druck wird. Die junge Generation investiert z.B. in nachhaltige ETF-Fonds und verbindet damit die Möglichkeit, sich etwas anzusparen und etwas Gutes für den Klimaschutz zu tun.“ Für **Ralf Fücks** ist „Konsumverzicht in der notwendigen Dimension gar nicht möglich. Eine Reduktion von Treibhausgasemissionen von 90% geht nicht durch individuelle Verhaltensänderungen, sondern nur durch den Umbau von Strukturen. Der Schlüssel ist die Art der Energieerzeugung, das Verkehrssystem und industrielle Produktionsprozesse. Der individuelle Beitrag – weniger Fleisch essen, weniger Autofahren in der Großstadt, weniger Wegwerfkonsum – kommt ergänzend dazu.“ Auch **Alexander Schweitzer** sieht in der Forderung nach Verhaltensänderungen den „Königsweg für den Umgang mit dem Klimawandel: Persönlicher Verzicht kann einen Beitrag leisten, führt aber nicht zum Umschwung.“

„Viele finden restriktive Klimaschutzmaßnahmen gut, außer es trifft sie persönlich“, erklärt sich **Johannes Winkel** das Ergebnis. **Karl-Rudolf Korte** ist dennoch zuversichtlich: „Die Menschen wollen immer, dass andere sich ändern, aber man selbst nicht. Wenn wir ehrlich sind, sehen wir trotzdem, wie wir uns permanent verändern. Die Gesellschaft ist stets im Wandel.“ Korte fordert einen erkennbaren Nutzen in der Klimapolitik: „Im Wahlverhalten kann man die gestiegene Nutzenorientierung beobachten. Ich wähle nicht mehr aufgrund von Religion, Bildungsschichten oder eines bestimmten Themas, sondern aufgrund von Nutzen, der oft situationsgebunden ist. Der Nutzen kann altruistisch sein, etwa der Blick auf Enkel, denen es in Zukunft auch gut gehen soll, der Nutzen kann ein individueller sein, dann auf Gewinnmaximierung und es kann ein Gemeinwohlnutzen sein.“

Florian Ranft ist letztlich „sehr positiv gestimmt, dass wir in Deutschland die Ziele der Klimaneutralität oder sogar eine klimapositive Zukunft erreichen können.“ Dennoch komme es global zu einer Verschärfung der Disruption des ökologischen Gleichgewichts.

Soziale Nachhaltigkeit – Erwartungen an die Unternehmen

Offen und ohne Vorgaben gefragt, was gemeint ist, wenn ein Unternehmen sich „sozial nachhaltig“ verhält, können mehr als zwei Drittel (68%) nichts mit dem Begriff anfangen. Mit „sozialer Nachhaltigkeit“ der Unternehmen verbinden die Bürger am ehesten eine arbeitnehmerfreundliche Unternehmenskultur (18%) und eine faire Bezahlung (9%). Soziale Verantwortung bzw. ein soziales Engagement (8%), ein umweltfreundliches Wirtschaften (6%) oder eine „inklusive“ Unternehmenskultur (6%) werden nur vereinzelt im Zusammenhang mit „sozialer Nachhaltigkeit“ bei Unternehmen genannt. Neben dem Staat und den einzelnen Bürgern wird auch den Unternehmen in Deutschland von einer großen Mehrheit der Bundesbürger (89 %) eine große Verantwortung dafür zugeschrieben, dass auch künftige Generationen gut in Deutschland leben können.

Die Befragten in den Einzelinterviews gehen davon aus, dass ohne externen Druck oder staatliche Anreize keine (schnelle) Veränderung herbeizuführen ist, da der Konflikt zwischen Wirtschaftlichkeit und nachhaltigem Verhalten zu groß sei. Dennoch wird auch die Erwartung geäußert, dass die Unternehmen mehr Eigeninitiative ergreifen und die Möglichkeiten zum Klimaschutz besser ausschöpfen, etwa durch eine Senkung der Raumtemperatur, die Umstellung auf erneuerbare Energien, die Gebäudesanierung, die Reduktion von Plastik etc.

Auf Nachfrage werden mit sozialer Nachhaltigkeit gute Chancen und gute Arbeitsbedingungen verbunden. Gute Chancen bedeuten, dass man eine gute Schul- und Ausbildung erhält, um eine Arbeit zu bekommen, von der man sorgenfrei leben kann, also die Miete bezahlen und sich bzw. die Familie ernähren kann. Gute Chancen hängen dabei stark vom familiären und finanziellen Hintergrund ab. Soziale Aufstiegschancen werden als schlecht erachtet, für einkommensschwache und bildungsferne Haushalte ist es deutlich schwieriger, sich weiterzuentwickeln. Unter guten Arbeitsbedingungen verstehen die Teilnehmer der Einzelinterviews vor allem eine gerechte Bezahlung und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Homeoffice-Möglichkeiten und flexible Arbeitszeiten sind hierbei hilfreich.

Für [Karl-Rudolf Korte](#) steht fest: „Nachhaltige Politik muss in Deutschland immer sozial sein und gesellschaftlichen Frieden sichern.“ Die deutsche Gesellschaft sei eine „Wohlfahrtsgesellschaft, die nicht akzeptiert, wenn eine Gesellschaft auseinanderfällt. Die Bürger schätzen das hohe Gut an gesellschaftlichem und sozialem Frieden und das Format einer Umarmungsdemokratie, die alle mitnimmt. Sozialpolitik hält [Korte](#) dabei für die Qualität von Demokratie für essenziell: „Das unterscheidet uns von vielen anderen Ländern, dass jeder Cent in Sozialpolitik Demokratievorsorge ist.“ Von den

»Nachhaltige Politik muss in Deutschland immer sozial sein und gesellschaftlichen Frieden sichern.«

[Karl-Rudolf Korte](#)

»Es gibt viele Beispiele, dass wir längst auf diesem Weg sind. Der demographische Wandel verstärkt den Trend zur sozialen Nachhaltigkeit. Die Wirtschaft wird arbeitnehmerfreundlicher.«

Ralf Fücks

Unternehmen fordert er eine doppelte Aufgabe: „Die Unternehmen müssen die Arbeit der Zukunft unter digital-nachhaltigen und veränderungsdynamischen Bedingungen organisieren und arbeitsmarktspezifische Planungssicherheit herstellen.“

Dabei kommt von den Unternehmen [Ralf Fücks](#) zufolge „der Großteil der notwendigen Innovationen und Investitionen. Gleichzeitig sind sie die Basis unseres Sozialstaats und für die Einkommen von Millionen Menschen. Der Staat hat daher die Rahmenbedingungen so zu bauen, dass die unternehmerische Eigeninitiative in eine ökologisch wie sozial nachhaltigere Richtung gelenkt wirkt. Es gibt viele Beispiele, dass wir längst auf diesem Weg sind. Der demographische Wandel verstärkt den Trend zur sozialen Nachhaltigkeit. Die Wirtschaft wird arbeitnehmerfreundlicher.“ [Fücks](#) sieht die meisten Unternehmen auf dem Weg. Aufgrund ihres Know-Hows und ihrer Investitionskraft seien sie zentrale Akteure der Transformation. Arbeits- und Sozialminister [Alexander Schweitzer](#) fordert eine Schärfung des Begriffs der Nachhaltigkeit: „Soziale Nachhaltigkeit heißt für mich: wirtschaftliche Gewinne müssen der Gesellschaft immer wieder zugutekommen, damit die Gesellschaft sozial zusammenbleibt“ und formuliert drei Bedingungen für die Zukunft: „Wenn wir Produktionsstandort bleiben wollen, müssen wir alles auf die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten setzen. Denn Qualifizierung ermöglicht es, dass technologische Innovationen möglichst schnell in Produktionsprozesse übersetzt werden. Der individuelle Anteil ist dann nicht, ein Schnitzel weniger zu essen, sondern die Bereitschaft, etwas Neues zu lernen und sich so zu qualifizieren, dass man als Arbeitnehmer klimafreundliche Produkte oder Abläufe eines Unternehmens unterstützen kann. Es geht um eine Kombination aus dem politischen Bekenntnis, Industriestandort bleiben zu wollen, der Bereitschaft zu individueller Anstrengung und dem Versprechen der Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitnehmern, dass sie Standorte in Deutschland durch Investitionen unterstützen, um dort nachhaltig zu produzieren.“

»Es geht um eine Kombination aus dem politischen Bekenntnis, Industriestandort bleiben zu wollen, der Bereitschaft zu individueller Anstrengung und dem Versprechen der Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitnehmern, dass sie Standorte in Deutschland durch Investitionen unterstützen, um dort nachhaltig zu produzieren.«

Alexander Schweitzer

»Der Anteil der Unternehmen wächst, die den Klimawandel als betriebswirtschaftliche Chance sehen und sich aktiv auch in soziale Transformationsprozesse einbringen wollen.«

Sandra Detzer

Sandra Detzer ergänzt: „Auch die Unternehmerlandschaft ringt mit den Herausforderungen der Transformation. Ein großer Teil ist bereits sehr innovativ. Einige reagieren aber fast schon aggressiv und meinen, sie können nichts gegen den Klimawandel ausrichten. Der Anteil der Unternehmen wächst, die den Klimawandel als betriebswirtschaftliche Chance sehen und sich aktiv auch in soziale Transformationsprozesse einbringen wollen.“ Für die grüne Bundestagsabgeordnete haben Unternehmen drei Aufgaben: „Erstens sollen sie technologische Innovationen voranbringen. So konnte Bosch schon in den 70-er Jahren ein klimapositives Haus bauen. Wir haben die Technologien für die Klimaneutralität schon längst, es fehlten aber bisher die richtigen Rahmenbedingungen. Zweitens geht es um Einkommenssicherheit und gute Arbeitsplätze und damit um tragfähige Geschäftsmodelle von Unternehmen. Unternehmen sind Drittens auch wichtige soziale Orte des gesellschaftlichen Lebens, wo Menschen zusammenkommen.“ Das unterstützt auch Florian Ranft: „Unternehmen müssen ihr soziales Unternehmertum entdecken und nicht nur nach privatwirtschaftlichen Mechanismen und Logiken agieren. Die lokale Dimension wird für Unternehmen wichtiger.“

Für Nils Gründer spielen Unternehmen bei der sozialen und ökologischen Transformation eine „entscheidende Rolle, da sie für Arbeitsplätze und Wohlstand im Land sorgen. In der sozialen Nachhaltigkeit spielt Bildung eine wesentliche Rolle. In immer mehr Unternehmen wird es wichtiger, dass Arbeitnehmer sich weiterbilden können. Der Staat sollte hier nichts vorschreiben wie z.B. die Vier-Tage-Woche. Es ist auch klar, dass wir länger arbeiten müssen als bis 63.“

Einen neuen Begriff fordert am Ende Paul Nolte: „Wenn soziale Nachhaltigkeit nicht verstanden wird, braucht es einen anderen Begriff wie den der Generationengerechtigkeit. Die Rente mit 67 ist dann keine Zumutung, sondern ein Dienst an den nächsten Generationen.“

Fiskalische Nachhaltigkeit – Große Mehrheit für Schuldenbremse und gegen höhere Beiträge

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die Bund und Ländern bei der Kreditaufnahme enge Grenzen setzt, halten 80 Prozent der Bürger für richtig, nur 12 Prozent sehen das anders.

Die restlichen 20 Prozent will der 26-jährige Bundestagsabgeordnete [Nils Gründer](#) noch überzeugen: „2021 hatten wir eine Zinslast von vier Milliarden Euro im Haushalt. Ein Jahr später waren es vierzig Milliarden Euro, weil wir so viele Schulden aufnehmen mussten. Das zeigt, warum die Schuldenbremse so wichtig ist.“

Fiskalische Nachhaltigkeit ist [Johannes Winkel](#) zufolge „Generationengerechtigkeit, sind generationengerechte Finanzen.“ Das Thema werde wieder wichtiger, „weil die Zinslast für den Staat wieder zunimmt und Schuldenaufnahme nicht nur heißt, dass man Geld zurückzahlen muss, sondern mit Zinsen zurückzahlen muss. Politisch wird das hoffentlich zu einem Umdenken führen.“

[Alexander Schweitzer](#) erklärt den Glauben an die Schuldenbremse mit einer Analogie: „Viele vergleichen gutes fiskalisches Agieren mit der guten schwäbischen Hausfrau, die immer einen Groschen in die Spardose legt. Aufgabe des Staates ist es aber, nicht nur zu sparen. Für die anstehende Transformation brauchen wir einen „Ausgaben-Booster“. Dagegen kritisiert [Sandra Detzer](#) eine zu hohe Staatsverschuldung: „Wir sind fiskalisch nicht nachhaltig, leben seit Jahren aus der Substanz und verschieben Lasten in die Zukunft. Die Schuldenbremse ist daher richtig, müsste jedoch durch eine Investitionsregel ergänzt werden, die es ermöglicht, Schulden aufzunehmen, um öffentliches Vermögen zu erhalten.“

Dass die Kosten für die sozialen Sicherungssysteme aufgrund der demographischen Entwicklung weiter steigen, ist den Bürgern bewusst. Doch wer soll die Kosten tragen? Für fast zwei Drittel (63 Prozent) sollten die steigenden Kosten durch Steuerzuschüsse aus dem normalen Bundeshaushalt finanziert werden. Alternativen wie eine stärkere Eigenbeteiligung (36 %), höhere Sozialversicherungsbeiträge (22 %) oder neue Schulden des Staates (12 %) werden nur von einer Minderheit befürwortet.



80
Prozent

der Bürger halten **die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse**, die Bund und Ländern bei der Kreditaufnahme enge Grenzen setzt, **für richtig**, nur 12 Prozent sehen das anders.

Für fast **zwei Drittel** (63 Prozent) sollten die **steigenden Kosten durch Steuerzuschüsse aus dem normalen Bundeshaushalt finanziert werden.**

Alternativen wie eine stärkere Eigenbeteiligung (36 %), höhere Sozialversicherungsbeiträge (22 %) oder neue Schulden des Staates (12 %) werden nur von einer Minderheit befürwortet.

Alexander Schweitzer fordert eine stärkere Finanzierung der Sozialausgaben aus Steuermitteln: „Bei den Sozialversicherungsbeiträgen sind die Möglichkeiten limitiert, weil sie den Faktor Arbeit weiter verteuern. Wir finanzieren die Pflegeversicherung inzwischen auch über den Bundeszuschuss und werden dieses Instrument weiter ausbauen müssen, um die nächsten Stufen der Pflegereform durch Steuerzuschüsse in die soziale Pflegeversicherung zu unterstützen.“

Eine Reihe von Stellschrauben und Hebeln sieht **Sandra Detzer**: Im Gesundheitssystem haben wir noch einige Stellschrauben wie etwa die Restrukturierung der Krankenhauslandschaft, um kostendämpfend zu wirken. Neue digitale Diagnosemöglichkeiten, ambulante Versorgungszentren oder eine breitere Finanzierung durch die Einführung einer Bürgerversicherung wären denkbar. Im Rentensystem gilt es, das Umlagesystem zu stabilisieren und Zukunftsfähigkeit auch für die Zeit sicherzustellen, in der die Babyboomer-Generation in Rente geht. Hier braucht es flexiblere Übergangszeiten für den Renteneintritt oder die weitere Stärkung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Auch stärkere Anreize zur privaten Vorsorge sind sinnvoll, beispielsweise durch staatliche Fonds mit geringen Verwaltungskosten.“ Die grüne Politikerin fordert eine neue soziale Bewegung für mehr Generationengerechtigkeit: „Warum nicht ein Fridays for Future auch für die Frage der Altersfürsorge und finanzielle Absicherung junger Menschen?“

Unterstützung kommt von **Karl-Rudolf Korte**: „Es gibt ein Recht auf Zukunft, das hat die junge Generation in Karlsruhe bezüglich Umweltpolitik erstritten. Dieses Recht auf Zukunft muss sich die junge Generation auch für die Rentenfrage erstreiten. Das Freiheitsbudget des Grundgesetzes sollte auch unter dem Gesichtspunkt der Rentenpolitik diskutiert und geprüft werden. Eine Bundesregierung ist nicht arbeitsfähig, wenn sie nur noch Renten sichern muss oder nur Klimapolitik machen muss. Ich hoffe darauf, dass wir auch bei der Rente Fridays For Future bekommen.“

Der Realitätsschock stehe Deutschland noch bevor, so **Ralf Fücks**: „Die Kosten für eine alternde Gesellschaft, Klimaschutz und Verteidigung werden steigen. Gleichzeitig haben wir einen enormen Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur. Wir werden diese Kosten nicht nur über höhere Einnahmen bewältigen können, sondern

brauchen auch auf der Ausgabenseite Prioritäten.“ Die Politik drücke sich aber davor, „klar zu sagen, was noch geht und was nicht mehr: Ohne politische Führung wird sich in der Bevölkerung die Mentalität nicht verändern lassen, den Staat für omnipotent zu halten. Die Menschen wissen, dass Steuern und Sozialbeiträge nicht beliebig steigen können, aber dass das auch Konsequenzen für die staatliche Ausgabenseite haben muss, ist noch nicht jedem bewusst.“

Nils Gründer bekennt offen: „Wir werden länger arbeiten müssen und wir müssen radikal neu denken. Bei der Aktienrente sind uns die skandinavischen Länder schon meilenweit voraus. Es braucht mehr Privat- als Sozialstaat.“

Zusammenfassung

Eine große Mehrheit der Deutschen hält an dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 fest und glaubt, dass sich dieses Ziel mit einem Mix aus technologischen Innovationen, staatlichen Anreizen und Regulierung erreichen lässt. Um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, braucht es aus Sicht der Befragten leistbare Zwischenziele, Flexibilität, längere Übergangszeiträume und kreativere Ideen. Der Weg zur Klimaneutralität im Rahmen einer freiheitlichen Ordnung führt nicht über Verbote, Verzicht und Vorgaben, sondern über Innovationen und Investitionen. Deutschland hat mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz neue Technologien weltmarktfähig und erfolgreich gemacht.

Die anstehende Transformation wird sich dann erfolgreich bewältigen lassen, wenn die drei Säulen der Nachhaltigkeit verknüpft und in ein Gleichgewicht gebracht werden: (1) Klimaschutz und das Ziel der Klimaneutralität bis 2045, (2) Zusammenhalt und sozialer Frieden und (3) Wohlstand sowie fiskalische Stabilität. Alle drei Säulen brauchen eine breite Mehrheit und Vertrauen, wenn die Transformation gelingen soll. Sobald die Bürger merken, dass sie dazu einen Beitrag leisten können, steigt ihre Bereitschaft zu und ihre Akzeptanz von Veränderungen. Von überragender Bedeutung sind aus Sicht der Bürger die Themen Bildung, Gesundheit und sozialer Zusammenhalt.

Die anstehende Transformation wird sich dann erfolgreich bewältigen lassen, wenn die drei Säulen der Nachhaltigkeit verknüpft und in ein Gleichgewicht gebracht werden: Erstens Klimaschutz und das Ziel der Klimaneutralität bis 2045, zweitens Zusammenhalt und sozialer Frieden und drittens Wohlstand sowie fiskalische Stabilität.

Drittes Kapitel

Hoffnungen, Erwartungen und Erfolgskriterien für die Zukunftswende

»Dieses Land kann so viel, wenn wir uns nicht in Kleinigkeiten verhaken. Ich spüre so viel Spaß an der Zukunft. Dem sollten wir mehr Raum geben.«

Sandra Detzer,
Bundestagsabgeordnete Bündnis90/Die Grünen

»Ich bin ein grundsätzlich optimistischer Mensch. Unser Land verfügt über enorme Kräfte der Solidarität, der Innovation und der Wertschöpfung, um in Krisen bestehen zu können. Die Aufgaben sind nicht klein, aber in diesem Land steckt so viel Kraft. «

Alexander Schweitzer,
Staatsminister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
des Landes Rheinland-Pfalz

**»Meine Hoffnung und Erwartung:
Wir meistern die Probleme und Herausforderungen
und blicken mit Optimismus und Zuversicht
in die Zukunft.«**

Paul Nolte, Friedrich-Meinecke-Institut Freie Universität Berlin

»Am meisten Hoffnung macht mir, dass immer mehr junge Menschen in die Politik gehen wollen. Das sieht man eigentlich in allen Parteien, außer vielleicht der AfD. Die jungen Menschen wollen den Stil in der Politik verändern und ihre Ideen einbringen, damit es auch kommenden Generationen gut geht.«

Nils Gründer, Bundestagsabgeordneter der Fraktion
der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Hoffnungen, Erwartungen und Erfolgskriterien für die Zukunftswende

»Auf die Deutschen an der Wahlurne ist Verlass. Das ist verlässliche Langeweile. Das ist großartig. Ich sehe nicht, dass die Extremen zunehmen.«

Karl-Rudolf-Korte

Auch [Karl-Rudolf Korte](#) blickt mit Hoffnung in die Zukunft: „Die Deutschen wählen mittezentriert, sicherheitsorientiert, wenig extrem. Als Typen wählen wir immer noch die Extremisten des Normalen und keine Populisten. Auf die Deutschen an der Wahlurne ist Verlass. Das ist verlässliche Langeweile. Das ist großartig. Ich sehe nicht, dass die Extremen zunehmen. Man sollte sich nicht von den Tagesmeldungen über große Umfrage-Erfolge der AfD blenden lassen.“

Ein internationales Forscherteam rund um die Harvard-Ökonomin Stefanie Stantcheva hat die Einstellungen der Menschen zum Klimaschutz in Deutschland und 19 anderen Ländern untersucht.⁸ Die Akzeptanz von Maßnahmen hänge vor allem von drei Kriterien ab: Die Bürger müssen glauben, dass die Maßnahmen tatsächlich helfen und überzeugt sein, dass sie auch gut für ärmere Haushalte sind. Und sie müssen drittens davon ausgehen können, dass sie selbst unter den Maßnahmen nicht allzu sehr leiden.

Was vielen Bürgern fehlt, sind Visionen, positive Zukunftsbilder: Wie wollen wir leben? Und was können wir dafür tun?

⁸ Antoine Dechezleprêtre (OECD), Adrien Fabre (ETH), Tobias Kruse (OECD), Bluebery Planterose (Sciences Po), Ana Sanchez Chico (Harvard), and Stefanie Stantcheva (Harvard); <https://blog.oecd-berlin.de/wp-content/uploads/2022/11/Praesentation-Tobias-Kruse.pdf>

Sieben Folgerungen und Erfolgskriterien

1 In einer unsicheren Welt ist eine Mentalität des „Weiter so“ der falsche Weg. Gefragt sind Visionen und nicht bloßes Verwalten. Positive Zukunftsbilder müssen von Werten gestützt sein, welche eine große Mehrheit teilt und lebt.

2 Die Transformation kann dann gelingen, wenn die in Gang gesetzten Veränderungen als positiv wahrgenommen werden und die Bürger das Gefühl haben, selbst mitwirken zu können. Lösungen müssen die Bürger als Konsumenten und Ko-Akteure ansprechen.

3 Treiber des Wandels sind nicht in erster Linie Verzicht und Verbote, sondern technologische Innovationen, politische Regularien und Anreize. Im Wechselspiel führen sie zu neuen politischen Mehrheiten.

4 Als Zumutungen empfundene Reformen werden von einer Mehrheit akzeptiert, wenn die Zuversicht überwiegt, dass diese zu mehr Zusammenhalt führen und die eigene Zukunft nicht gefährden. Es geht darum die Menschen zu überzeugen und nicht zu überfordern.

5 Dafür braucht es Argumente und Aufklärung, welche den konkreten Nutzen für die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Abstrakte Begriffe und Slogans wie „grüne Gründerzeit“ und „nachhaltiges Wachstum“ helfen nicht.

6 Das Konzept der Nachhaltigkeit enthält ein altes Zukunftsversprechen: „Wir hinterlassen den eigenen Kindern und Enkelkindern einen Planeten, auf dem sie ein gutes Leben führen können.“

7 Die Zukunft der Nachhaltigkeit entscheidet sich im Dreieck aus ambitioniertem Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit.

»... Danach darf nicht einer Generation zugestanden werden, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde.

Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbußen hinnehmen zu müssen.«

Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 24. März 2021

Epilog

Zukunft geschieht wie Fortschritt nicht automatisch. Jede Generation muss für sich und das, was künftig für sie wichtig ist, eintreten und Verantwortung übernehmen. Thomas Jefferson, der zu den Gründervätern der Vereinigten Staaten von Amerika gehört, schrieb 1789 inmitten politischer Umbrüche an seinen Kollegen James Madison.⁹ Er mache sich Sorgen um die Unabhängigkeit der Generationen. Die Erde gehöre in ihrem „Nießbrauch“, dem Nutzungsrecht, den Lebenden: Man könne sie nicht einfach abnutzen, sondern müsse sie der nachfolgenden Generation in mindestens gleichwertigem Zustand und schuldenfrei übergeben. Dieser Auftrag in Freiheit solle demokratisch gesichert werden so Jefferson: Jede Generation darf sich eine neue Verfassung geben und wieder abschaffen, was früher gut war und heute schädlich ist.

Die ökologische Debatte als reine Verzichts-, Verbots- und Verlust-Debatte zu führen, führt uns nicht weiter. Gelungene Politik handelt in einer hochindividualisierten Welt von der klugen Ausbalancierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Wer die Systeme in Balance halten kann, löst das politische Zukunftsproblem. Dazu gehören konstruktiver Dialog, Kooperationsbereitschaft mit allen gesellschaftlichen Gruppen, und eine mutige Gelassenheit.

⁹ Vgl. <https://founders.archives.gov/documents/Madison/01-12-02-0248>

Über uns

Das Institut für Zukunftspolitik ist ein innovativer think tank, der sich für eine zukunftsfähige Politik in Deutschland einsetzt. Unser Thema sind politische Antworten auf die langfristigen Herausforderungen unserer Zeit. Unsere Vision ist ein nachhaltiges und kreatives Deutschland, das zuversichtlich in die Zukunft blicken kann.

Über forsa

forsa, 1984 von Prof. Manfred Güllner gegründet, ist eines der wenigen in Deutschland noch nicht konzerngebundenen, sondern unabhängigen privaten Markt- und Meinungsforschungsinstitute mit Standorten in Berlin, Frankfurt am Main, Dortmund und Hamburg.